

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Brief-Pränumeranda:
Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehobene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 9. Dezember 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Vorentwurf zum neuen
Strafgesetzbuch.

VI.)

Im Gegensatz zu dem geltenden Strafgesetzbuch, in dem
die einzelnen Straftaten wie Raub und Mord durcheinander-
gewürfelt sind, sucht der Entwurf seinen „Besonderen Teil“
systematisch zu ordnen. Er tut dies, indem er die Straf-
taten nach den „verletzten Rechtsgütern“ in vier Bücher
rubriziert, je nachdem sie sich richten sollen „gegen den
Staat“, „gegen Einrichtungen des Staates“, „gegen die Person“ oder „gegen das Vermögen“.

Dies ist aber auch das einzige, was einem an dem ersten
Buche des „Besonderen Teils“, der von den „Verbrechen
und Vergehen gegen den Staat“ handelt, ein — wenn auch
ungewolltes — Vergnügen bereiten kann. Im übrigen ist es
nichts als eine bisher unerreichte wahnwitzige Ausgeburt
brutaler Gesinnungsverfolgung. Freilich auch ein Zeichen
der großen Macht der Sozialdemokratie. Denn wie arg muß
den Verfassern des Entwurfs die Angst vor dem Sozialismus
in den Gliedern stecken, wenn sie es wagen, mit derartigen
Vorschlägen zu kommen, mit Vorschlägen, im Vergleich zu
denen die selige — oder richtiger unselige — Umsturzvorlage
als ein freibildliches Geseh erscheint.

Als Grundgedanken der in diesem Abschnitt vorge-
schlagenen Abänderungen des geltenden Strafrechts lassen
sich, wie in der „Begründung“ verhältnismäßig offen aus-
geplaudert wird, folgende zwei bezeichnen.
Erstens: Gerade die „geschicktesten“ und deshalb „ge-
fährlichsten Volksaufwiegler“ haben die Unverfrorenheit be-
lassen, ihre Handlungen so einzurichten, daß sie mit dem
geltenden Rechte nicht in Konflikt kamen. Eine solche ruch-
lose Gefährlichkeit muß verhindert werden. Und da sich diese
teuflichen Volksverführer nun einmal mit Gewalt nicht
dabin bringen lassen, daß sie die bestehenden Gesetze
verlegen, bleibt nichts übrig, als die Gesetze so zu ändern,
daß ihnen selbst der „geschickteste Aufwiegler“ beim
besten Willen nicht entgegen kann.

Zweitens: Es hat sich als ein Uebelstand herausgestellt,
daß selbst da, wo die staatsfeindlichste Gesinnung nach-
weisbar war, diese allein nicht zur Verurteilung ausgereicht
hat, daß vielmehr, um juristisch zu sprechen, neben dem
bösen „Dolus“ immer noch so etwas wie ein „objektiver Tat-
bestand“ gefordert worden ist. Nach dem Entwurfe soll
fortan die Erzeugung staatsgefährlicher Stimmung auch
da strafbar sein, „wo die Delikte im einzelnen noch nicht
bekannt sind“ (§. 68—479 der „Begründung“). Die „im
einzelnen noch nicht bestimmten Verbrechen“ spielen be-
kanntlich auch in §. 129a der berichtigten Umsturzvorlage
von 1894 eine große Rolle.

Wie diese beiden Grundgedanken, die sich gegenseitig
harmonisch ergänzen, im Entwurfe ihre Verwirklichung
gefunden haben, wird im folgenden noch darzulegen werden.

Die Krone aller politischen Verbrechen ist seit den ältesten
Zeiten des Menschengeschlechtes der Hochverrat. Aber wohl-
gemerkt nur der Hochverrat von unten. Der Hochverrat
von oben hat stets als ein göttliches Recht gegolten. So
soll es auch nach dem Entwurfe bleiben. Wird doch in seiner
Begründung (§. 424) ausdrücklich die Straflosigkeit der
„bloßen Verfassungsverletzung“ hervorgehoben. Es ist natür-
lich, daß sich der Hochverrat der Reichshaber regelmäßig
in der Form der faktischen Verfassungsverletzung abspielt.

Daß nach §. 100 des Entwurfs jeder — auch der ohne
Heberlegung ausgeführte — Angriff auf das Leben irg-
end eines Bundesfürsten oder Regenten mit dem Tode
bestraft werden soll, ohne daß wenigstens wohlweise
noch eine andere Strafe angedroht wäre, ist bereits gelegent-
lich der Besprechung der Todesstrafe gekennzeichnet worden.
Aber auch bei den minder schweren Arten des Hochverrats,
die in §. 101 geregelt sind und die den Versuch der Verfassungsänderung
und die Verhinderung an der Ausübung der Herrscher Gewalt betreffen,
ist für den Fall, daß die fraglichen Gebietsorte in Kriegszustand
erklärt sind, was in solchen Fällen fast stets der Fall sein wird,
die Todesstrafe, sonst lebenslängliches Zuchthaus wohlweise
neben lebenslänglicher Haft, angedroht. Bei milderer-
den Umständen, wo bisher nur Haft zulässig war, ist
jetzt auch Zuchthaus nicht unter 5 Jahren zu verhängen.
Der durch so drakonische Strafandrohungen ausgezeichnete Tat-
bestand ist nun im Entwurfe dadurch ungeheuerlich er-
weitert worden, daß, während das jetzige Recht die „Ge-
walttätigkeit“ erfordert, künftighin auch die bloße „Droh-
ung mit Gewalt“ für ausreichend erklärt wird. Dies
wird folgendermaßen begründet (§. 423 f.):

„Die Beschränkung des Tatbestandes auf die unter wirklicher
Gewaltanwendung unternommene Verfassungsänderung würde
zur Folge haben, daß höchst strafwürdige Unternehmungen dieser

Art nicht unter die Strafbestimmungen fielen. Denn es ist sehr
wohl denkbar, daß solche hochverräterischen Angriffe unter
Benutzung einer Kollage unternommen werden, z. B. in oder nach
einem unglücklichen Kriege, der die Kräfte des Volkes völlig
erschöpft hat, und daß es deshalb zur ihrer Durchführung der An-
wendung physischer Mittel nicht bedarf, daß vielmehr die Drohung
mit Gewalt genügt, um einen ernstlichen Widerstand nicht auf-
kommen zu lassen.“

Es soll also künftighin in erregten
Zeiten jedes von einer wuchtigen Volks-
demonstration unterstützte Verlangen nach
einer Verfassungsänderung ausreichend
sein, die Führer der Bewegung dem Schafott
zu überliefern!

Auch die leichteren Fälle des Hochverrats sind im Ent-
wurfe zu noch gefährlicheren Klausulbestimmungen ge-
worden als sie schon bisher waren. Natürlich ist die vom
Genossen Karl Liebknecht in seiner Leipziger Verteidigungs-
rede und vorher schon von Kassel so trefflich ironisierte „Vor-
bereitung zur Vorbereitung des Hochverrats“ strafbar ge-
blieben. Eine ganz wesentliche Erweiterung des Be-
griffs des Hochverrats stellt dagegen der vorge-
schlagene Absatz 1 des §. 102 dar. Hiernach wird Zuchthaus
bis zu 10 Jahren dem angedroht, der „zur Begehung eines
hochverräterischen Verbrechens öffentlich oder durch Verbreitung
von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen auf-
fordert oder aufreizt“. Eine Erweiterung des bis-
herigen Tatbestandes ist es schon, daß die Aufforderung
künftighin nicht mehr wie bisher „öffentlich
vor einer Menschenmenge“ erfolgen muß, um
strafbar zu sein. Der Begriff der „Öffentlichkeit“, deren Vor-
handensein nach dem Entwurfe ausreichen soll, ist in der
Judikatur so ausdehnend interpretiert, daß das Vorliegen
einer solchen fast stets angenommen wird, wenn die Auf-
forderung nicht gerade in einem schalldicht verschlossenen
Privatraum erfolgt ist.

Viel weittragender noch ist es, daß künftighin beim
Hochverrat — übrigens ebenso wie bei der „Aufwiegelung“ —
der „Aufforderung“ die bloße „Aufreizung“ gleich-
gestellt ist. Weshalb und zu welchem Zwecke, ergibt sich aus
den folgenden Ausführungen der Begründung (§. 428):

„Bei der Ausführung der öffentlichen Aufforderung zum
Hochverrat ist der Aufforderung die Aufreizung zur Seite ge-
stellt worden. Der Wille, in anderen den Entschluß zur Be-
gehung hochverräterischer Unternehmungen hervorzuheben, kann
nicht nur in der Weise betätigt werden, daß das Verlangen, der
andere solle eine solche Handlung vornehmen, gestellt wird, son-
dern in ebenso wirkungsvoller Weise auch indirekt durch
eine Einwirkung auf die Leidenschaften des
anderen, beider die Absicht der Anstiftung mög-
lichst verborgen und der Anschein freier Ent-
scheidung auf Seiten des Anzustiftenden ge-
wahrt bleibt. Nur in den seltensten Fällen wird nach dem
gegenwärtigen Gesetze in einem solchen „Aufreizen“ auch ein
„Auffordern“ gefunden werden. Denn während die Aufforde-
rung deutlich erkennen lassen muß, daß sie den Entschluß zur
Begehung der Tat hervorzurufen will, begnügt sich die Auf-
reizung mit dem Versuch der Erzeugung einer
einem solchen Entschluß günstigen Gesinnung
und Stimmung, beides ist also verschieden: beides aber ist
in der Wirkung gleich gefährlich und darum gleich strafwürdig,
zumal gerade die geschulten Agitatoren die Form
der Aufforderung zu vermeiden und die der
bloßen Aufreizung zu wählen verstehen. Deshalb
war es erforderlich, neben der ersteren auch die letztere ausdrück-
lich als strafbar zu nennen.“

Wenn der Vorschlag der Kommission Gesetz wird, dann
wird es nicht mehr der Fall sein, was die Kommission beim
geltenden Strafrecht beklagt, daß das Gesetz „die durch
Reden und durch die Presse nicht selten getriebene öffentliche
Agitation, die sich mit der Anstiftung zum Hoch-
verrat im allgemeinen ohne ersichtlichen
Bezug auf ein bestimmtes solches Verbrechen
befaßt, straflos läßt“ (§. 429). Es gehört nicht viel Phan-
tasie dazu, sich auszumalen, wie künftighin, insbesondere
unter Berücksichtigung des ja jetzt, wie schon erwähnt, in §. 52
des Entwurfs ausdrücklich für ausreichend erklärten Eventual-
vorsatzes die Reichsgerichtsurteile aus dem Boden wachsen
würden, in denen „tatsächlich festgestellt“ wird, daß der an-
geklagte Redner oder Schriftsteller „es als nicht unwahr-
scheinlich eintretend angesehen hat, daß durch ihn in irgend-
einem anderen eine einem hochverräterischen Entschlusse gün-
stige Gesinnung und Stimmung erzeugt werde“.

Charakteristisch für die Angstzustände, unter
denen der Entwurf zustande gekommen ist,
ist es übrigens, daß zur Begründung der Hochverratsbestim-
mungen nachdrücklich auf die Gefahren der Kasernen-
agitation gewiesen wird.

Während jetzt das grobe Geschütz der Hochverratspara-
graphen ziemlich selten aufgeföhren wird, ist zu befürchten,
daß es nach Annahme der Vorschläge der Kommission zu einem
beliebten und wegen seiner grausamen Strafbestimmungen
und Klausulartigkeit sehr gefährlichen Kampfmittel gegen
die moderne Arbeiterbewegung werden wird. Die verhasste
„Gesinnung und Stimmung“, gegen die es gerichtet
ist, würde es freilich nicht beseitigen, sondern nur noch mehr
festigen und kräftigen.

Die Solidarität der Reaktion aller Län-
der gebietet es, die Verschärfung der Hochverratsbestim-
mungen auch auf hochverräterische Handlungen

gegen ausländische Staaten auszudehnen. Wäh-
rend diese bisher nur mit Festungshaft bedroht waren, wird
jetzt neben Haft auch Gefängnis angedroht. Goffentlich
nimmt Väterchen diesen Liebesdienst mit gebührender Dank-
barkeit auf.

Im ersten Buche des „Besonderen Teils“ finden sich
außer den Hochverratsbestimmungen ferner z. B. die schon er-
wähnten Majestätsbeleidigungsparagraphen
in ihrer jetzigen Form, die sie als ein Ausnahmeseh gegen
die „böswilligen“ Sozialdemokraten stigmatisiert. Die Zu-
lassung der Geldstrafe neben der wie bisher allein zugelassenen
Freiheitsstrafe wird mit der lakonischen Begründung abge-
lehnt, daß sie „für diesen Tatbestand ungeeignet“ sei.

Nicht ungefährlich erscheint der neu vorgeschlagene §. 122,
der mit Gefängnis bis zu einem Jahre unter anderem den
bedroht, der böswillig eine Wahlhandlung „durch
Erregung von Lärm oder Unordnung oder auf ähnliche Weise
stört“. Es ist zu befürchten, daß unsere Gerichte schon in
Protesten Oppositioneller gegen Ungefähr-
lichkeiten bei der Wahl, die sich in der Hitze des Wahl-
kampfes etwas temperamentvoll äußern, eine strafbare Wahl-
störung erblicken. Als charakteristisch sei hier noch erwähnt,
daß die Beschränkung des Begriffs der Wahl-
besteuerung im Entwurfe damit begründet wird (§. 460),
daß anderenfalls „die namentlich im Verhältnis vom Vor-
gesetzten zum Untergebenen oder vom Arbeitgeber zum Arbeit-
nehmer leicht mögliche Anwendung sonst verdienster, mit den
Wählern nicht zusammenhängender Vorteile absichtlich oder
unabsichtlich falsch gedeutet und strafrechtlich auszubenten
versucht werden könnte“. Man sieht, daß sich überall der
Verfolgungssucht gegen die Arbeiterklasse
und ihre Vorkämpfer eine rührende Fürsorge für die
Unternehmer zugesellt.

Daß die so brauchbaren Bestimmungen gegen Aufruhr,
Aufstand und Widerstand gegen die Staatsgewalt in fast
ungeänderter Form in den Entwurfe übernommen sind, bedarf
bei dem reaktionären Charakter derselben kaum besonderer
Hervorhebung.

Wie steht's mit der Wahlreform?

Bürgerliche Blätter melden „auf Grund sicherer Information“,
daß der gegen die Regierung erhobene Vorwurf, ihre Vorarbeiten
für die Wahlreform seien gar nicht ernst gemeint, sondern nur
Scharmanöver zur Verschleppung der Wahlreform, völlig un-
richtig sei. Die Regierung sei vielmehr entschlossen, dem Landtage
möglichst bald die verheißene Vorlage zu unterbreiten. Freilich
sind die zu überwindenden Schwierigkeiten sehr erheb-
liche, da die Beschaffung des zugrunde zu legenden statistischen
Materials eine Unsumme von Arbeit erfordere. Dieses Material
bedürfe es allerdings nicht, wenn man einfach das Reichstags-
wahlrecht auf Preußen übertragen wolle:

„Die Regierung würde einer solchen Uebertragung auch
keineswegs so ablehnend gegenüberstehen, wie gemeinhin an-
genommen wird. Man darf nicht vergessen, daß wir in Preußen
das Zweikammersystem haben, und daß daneben noch der König
als gesetzgebender Faktor steht, so daß gegen ein Ueber-
wiegen des sozialdemokratischen Einflusses
genügend Sicherheitsventile vorhanden sind.
Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß bei dem
augenblicklichen Mehrheitsverhältnis wie auch
bei der Zusammensetzung des Herrenhauses an
eine Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf
Preußen heute nicht zu denken ist.“

Immerhin sei bestimmt zu erwarten, daß mindestens gleichzeitig
mit dem Zusammentritt des Landtages das Ergebnis der Vor-
arbeiten der Deffentlichkeit mitgeteilt werden könne. Wohl-
gemerkt: der Vorarbeiten! Denn zu irgend welchen prak-
tischen Vorschlägen hätten sich die Arbeiten noch nicht
entwickelt! Das sächsische Vorbild reizt ja gerade nicht zur Nachahmung.
Auch bleibe ja immer noch die Möglichkeit der Weibehaltung
der Klassen, weil dadurch die zweite Klasse für den Mittel-
stand reserviert werden könne. Auch eine Entscheidung dar-
über, ob öffentliche oder geheime Wahl, sei noch nicht getroffen.

Daneben will sich also die Regierung möglichst hinter die
reaktionäre Majorität des jetzigen Dreiklassenparlaments und die
preussische Vorkammer verziehen! Sie will einwilligen nur
Material liefern, und es dann den Junkern, Pöfien und Schlot-
baronen überlassen, ein raffiniertes System anzuliegen,
das der Masse des Volkes nach wie vor nur eine hoffnungs-
lose parlamentarische Minderheit einräumt!

Die „Deutsche Tageszeitung“ fährt natürlich bei alledem eifrigst
fort, gegen eine Verschleppung der Wahlreform sowohl als
gegen eine Reform selbst Stimmung zu machen. Das Junker-
blatt empfiehlt, „die sächsische Erfahrung zu berücksichtigen und zu
verwerten“ und warnt Herrn v. Bethmann Hollweg davor, sich bei
Eröffnung des Landtages irgend wie durch eine programmatische
Erklärung festzuliegen. „Völlig ausgeschlossen“ sei es auch,
daß schon Anfang April ein neuer Wahlrechtsentwurf vorgelegt werden
könne, da bis dahin die Vorarbeiten unmöglich erledigt sein können.

Auf alle Fälle ist es Zeit, daß nunmehr auch die
Massen sich wiederum kräftig zu röhren beginnen.
Sonnst könnte es am Ende Regierung und reaktionären Parteien
einfallen, statt die Taktik der Verschleppung beizubehalten, das ent-
rechtete Volk mit einer Wahlrechtsmischung zu über-
rumpeln! Die Entrechteten müssen zeigen, daß ihre
Interesse an der Wahlreform mindestens ebenso lebhaft
ist, wie das der geschäftig intrigierender Wahlrechtsfeinde!

*) Vergl. Nr. 265, 270, 272, 280, 282 des „Vorwärts“.

Civic Federation.

New York, 24. November. (Fig. Ver.)

Bei dem Festkammers, der sich an die diesjährige Tagung (22. und 23. November) der Civic Federation (Bürgerbund) in der Stadt New York anschloß, glaubte sich Präsident Samuel Compers von der Federation of Labor, der zugleich Vizepräsident der Civic Federation ist, gegen die „wissenschaftlichen und niederrichtigen Verdächtigungen“ europäischer Parteigenossen wegen seiner Zugehörigkeit zur Civic Federation wenden zu müssen. Die Civic Federation sei durchaus keine Gründung nach der Art des deutschen Reichsverbandes, bekämpfe auch nicht die Gewerkschaftsbewegung, bezwecke vielmehr die Beförderung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Habe auf diesem Gebiete schon manches erreicht, schon manche Kämpfe bestanden und schon vielfach Differenzen beigelegt.

Compers hat recht; die Civic Federation hat manchen Kampf verhindert und schon manche Differenzen beigelegt. Wenn immer die Ansichten der Arbeiter bei Lohnkämpfen gute waren, tauchte die Civic Federation auf und vermittelte im Interesse der Kapitalisten. Lagen aber die Dinge umgekehrt, stand die Sache der Unternehmern gut, so löste die Schlichtungskommission der Civic Federation, an deren Spitze der frühere Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, John Mitchell, steht, eine recht auffällige Zurückhaltung.

Diese durchaus einseitige Stellungnahme der Civic Federation trat auch bei den Vorträgen am 22. und 23. November zutage, die sich hauptsächlich um Unfallversicherung und Haftpflicht der Unternehmer drehten. Wohl kamen verschiedene Arbeitervertreter zum Wort, so das englische Parlamentsmitglied A. G. Hill, der eine ausgezeichnete Rede über die englische Unfallgesetzgebung hielt, aber den Ton gaben an der Straßenbahnmaginat Belmont, der kein Mitglied einer Arbeiterorganisation in seinem Betriebe duldet und auch ein großer Sozialistensprecher ist, der Ex-Staatssekretär und jetzige Bundes-Senator Root, der Fabrikant George M. Gillette, der frühere Bürgermeister Seth Low der Stadt New York, der Kruppische Vertreter Major E. C. Piorkowski, George E. Perkins, ein Geschäftsinhaber des Multimillionärs J. Pierpont Morgan und andere Großkapitalisten und Schornacher. Und welcher Art waren ihre Reden? Major Piorkowski erging sich in Lobeshymnen auf die Wohlfahrts-einrichtungen in deutschen Fabriksbetrieben und namentlich in den Kruppischen Werken. Senator Root, einer der geriebensten Kaufmänner des Landes und eine allmächtige Persönlichkeit im Rate der maßgebenden republikanischen Partei, sprach sich gegen eine nationale Haftpflichtgesetzgebung aus, weil man die Bundesregierung nicht mit neuen Aufgaben belasten dürfe. Der Fabrikant Gillette befürwortete zwar eine Unfallversicherung in den Einzelstaaten, aber die Entschädigung müsse niedrig sein, während der ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit dürfe überhaupt keine Entschädigung gezahlt werden, bei Verunstaltungen dürfe der Versicherte ebenfalls keine Entschädigung bekommen, dagegen müßten die Arbeiter unter allen Umständen zur Beitragspflicht herangezogen werden. „Denn, so fährt dieser Förderer der Sozialpolitik fort, durch die Beitragsleistungen der Arbeiter wird allen Verleuten der Agitatoren, bei späteren Sessionen der geschwundenen Körperkassen eine Erhöhung der Entschädigung zu verlangen, vorgebeugt, da die höheren Kosten von den Arbeitern selbst teilweise getragen werden müßten.“ Nach Gillette müßte das derzeit beschlossene Gesetz sofort wieder aufgehoben werden, falls sich herausstellt, daß es dem Sozialismus Verstoß leistet. Auf der gleichen Höhe bewegten sich die anderen Reden über den gleichen Gegenstand. Und jene Redner, die wie der Souffler Perkins oder der Fabrikant Towne oder der Bahnmaginat Belmont Wohlfahrts-einrichtungen nach Kruppischem Muster oder Gewinnbeteiligung der Arbeiter befürworteten, taten dies nur, weil ein solches System, wie sie offen erklärten, für die Kapitalisten vorteilhaft ist. Und Compers fand kein Wort des Protestes gegen diese kaiserlichen Pläne zur Anhebung der Arbeiter. Dagegen schimpfte er beim Schmause an der Banketttafel unter dem Jubel der Kapitalisten und Fabrikanten auf die bösen Menschen, die über ihn und die Civic Federation die — Wahrheit schreiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Dezember 1909

Die Kriegsveteranen haben das Nachsehen.

Eine Korrespondenz meldet: „Während man in den Kreisen der Kriegsveteranen gehofft hatte, in nächster Zeit in den Genuss der Veteranenbeihilfen zu kommen, die der Reichstag ihnen durch die Annahme eines Gesetzes vom 18. Juli 1909 zugesichert hatte, wird jetzt plötzlich bekannt, daß der Entwurf vom Bundesrat nicht angenommen werden kann, weil im Entwurf des Reichstages, der aus einem Initiativantrage hervorgegangen war, ein Formfehler (die Bestimmung des Inkrafttretens ist fortgelassen worden) untergelaufen sein soll. Es hat sich für den Reichstag die Notwendigkeit herausgestellt, einen neuen Entwurf anzunehmen und ihn dem Bundesrat zu unterbreiten. Darüber werden Wochen ins Land gehen. Aus diesem Grunde ist auch die konterbative Interpellation, die sich mit dieser Materie beschäftigt, vorläufig zurückgezogen worden. Wegen eines kleinen Formfehlers werden die Hoffnungen vieler Veteranen sammerlich enttäuscht.“

Wir erinnern uns, daß bei den Zolltarifverhandlungen im Jahre 1903 ebenfalls einige kleine Fehler sich in das Zolltarifgesetz eingeschlichen hatten („Unstimmigkeiten“ nannte man es am Regierungstische) und diese Fehler wurden sehr schnell durch eine Amendementierung an den Reichstag, der er zustimmte, beseitigt, ohne daß ein neues Gesetz über die Debatte gestellt wurde. Auch im Landtage haben sich früher ähnliche Vorgänge ereignet. Bei einigem guten Willen hätte sich der Fehler auch jetzt andern lassen. Merkwürdig muß es berühren, daß man diesen Fehler erst jetzt entdeckt hat, denn dem Reichstage ist eine für solche Fälle vorgesehene Mitteilung nicht zugegangen und den Interpellanten war am 4. Dezember von diesem Stande der Angelegenheit nichts bekannt. Wenn man sieht, es aus, als sei man froh, den Fehler entdeckt zu haben, um die Sache hinauszuschieben. Warum bringt der Bundesrat nicht einen fehlerfreien Entwurf ein, wenn ihm die Sorge um die Kriegsveteranen am Herzen liegt?

Wir erinnern auch daran, daß bei der Finanzreform die Regierung die Mehrheitsparteien nicht nur auf Formfehler aufmerksam gemacht, sondern ganze Gesetzesentwürfe des parlamentarischen Reklams v. Westarp ungarbeitet hat. Bei dem Gesetz über die Veteranenbeihilfe hat die Regierung den Formfehler aber gerne übersehen, um Zeit zu gewinnen! Herr v. Sydow hat in der Budgetkommission seinerzeit seinen Zweifel über seinen ablehnenden Standpunkt gelassen und hat eine bestimmte Zusage überhaupt nicht gegeben, trotz des Drängens von verschiedenen Parteien, namentlich aber der sozialdemokratischen Partei!

Um ein Exempel zu statuieren!

Die gemäßigten Rationierlehrer hatten am Dienstag eine persönliche Unterredung mit dem Regierungspräsidenten von Schwertin in Oppeln. Sie erbaten die Zurücknahme der

wegen ihrer Abstimmung erfolgten Zwangsberufung. Der Regierungspräsident erklärte jedoch die Zurücknahme ablehnen zu müssen, da er ein Exempel statuieren wolle.

Durch Ministerialerlaß ist nunmehr auch die bereits angeordnete Berufung einer größeren Anzahl von Eisenbahnbeamten, die gleichfalls bei der letzten Stadtverordnetenwahl für die politischen Kandidaten gestimmt haben, angeordnet worden!

Aufsichtsratspolitik.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ wendet sich in einem langen Artikel mit bemerkenswerter Schärfe gegen Dernburgs „Aufsichtsratspolitik“, d. h. gegen die Abmachungen der südafrikanischen Landkommission mit den Landgesellschaften in Südwesafrika.

Diese Gesellschaften, die „Kolonialgesellschaft für Südwesafrika“ und die „Kolonialgesellschaft“, besitzen zusammen 230 000 Quadratkilometer Land und die Vergrechte in einem Gebiete von gar 330 000 Quadratkilometer. Sie haben das Land seinerzeit für wenige hunderttausend Mark durch Verträge mit den Hauptlingen erworben, die teils das gesamte Stammesgebiet mit den Hohenbeeren, teils nur das Bergregal an die Gesellschaften abtraten. Die Reichsregierung hat damals die Landabtretungsverträge mit der ausdrücklichen Erklärung bestätigt, daß die Gesellschaften sämtliche Verwaltungskosten für ihr Schuttsgebiet zu tragen hätten. Vom Jahre 1891 ab aber hat der Staat, da die Mittel der Gesellschaften erschöpft waren, die Verwaltung auch für diese Gebiete übernommen. Von den 550 Millionen Mark, die dem Reiche die Verwaltung der Kolonie gekostet hat, entfallen diverse hundert Millionen auch auf das Gebiet der Landgesellschaften.

Nun ist 1906 die südwesafrikanische Landkommission eingesetzt worden, die auf einstimmigen Beschluß des Reichstages eine Neuregelung der Verhältnisse mit den Landgesellschaften vornehmen sollte. Die Tätigkeit dieser Kommission ist nun abgeschlossen, aber sie ist, wie die „Deutsche Tages-Ztg.“ meint, durchaus unbefriedigend.

„Das Kolonialamt vertrat die Anschauung, man solle sich den Landgesellschaften gegenüber nicht auf den Rechtsstandpunkt stellen und verachte durch Verträge mit ihnen die größten Fehler wieder gut zu machen. Das ist ihm aber nicht gelungen; die Verträge besagen lediglich, daß die Landgesellschaften von jetzt an auf zehn Jahre verpflichtet sind, Land zu bestimmten Preisen an Ansetzler zu verkaufen und das Gebiet ihrer Vergerechtsnahme mehr oder weniger der Schuttsfähigkeit zu öffnen. Außerdem hat durch Abmachungen mit der „Kolonialgesellschaft für Südwesafrika“ der Staat sich einen großen Anteil am Ertrag der neuentdeckten Diamantenfelder gesichert (hauptsächlich durch einen Diamantenanfuhrzoll von 3 1/2 v. H. des Wertes). Durch das Ergebnis der Dernburg'schen „gütlichen Verhandlungen“ ist also der Hauptbestand nicht im geringsten berührt: das staatliche Vermögen in Werte von Hunderten von Millionen Mark im Besitz jener privaten Erwerbsgesellschaften sich befindet, daß diese von der Bevölkerung Steuern insbesondere Verbrauchssteuern gezahlt bekommen, die dem Staat gebühren.“

Wenn nun auch der Wert des den Kolonialgesellschaften nach wie vor überlassenen Gebietes von der „D. L. Z.“ mit 1000 Millionen Mark weit überschätzt sein mag, so ist es doch in der Tat ein starkes Stück der Aufsichtsratspolitik, diesen Gesellschaften, hinter denen ein paar Berliner Großbanken stehen, und die für ihren (sehr ansehnlichen) „Besitz“ nur lächerlich geringfügige Aufwendungen gemacht haben, während dem Reiche die Kolonie mehr als eine halbe Milliarde gekostet hat, den Löwenanteil der Diamantenausbeute zu überlassen, durch die unter günstigen Umständen doch wenigstens ein Teil der ungeheuren Kolonialausgaben des Reiches gedeckt werden könnte!

Bureaufüratistische Lotteriewirtschaft.

Im Anschluß an den Kieler Werkstoffandal und die durch ihn hervorgerufene parlamentarische Erörterung wird uns aus unserem Leserkreise geschrieben:

Die durch den Kieler Werkstoffandal aufgedeckten Zustände finden sich auch in anderen staatlichen Betrieben in ähnlicher Form, was den Arbeitern keineswegs ein Geheimnis ist. So fand vor einigen Jahren in Wilhelmshaven ein Prozeß gegen zwei Arbeiter statt, die bei den Aufbruchunternehmern beschäftigt waren, denen die Fortschaffung des Mülls von der kaiserlichen Werft übertragen war. Die Arbeiter hatten Metallabfälle aus dem Müll herausgeholt und verkauft; sie wurden natürlich verurteilt. Das Interessante an diesem Prozeß aber war die Feststellung, daß der Unternehmer aus dem Verkauf der im Müll enthaltenen Metallabfälle jährlich das nette Summen von zirka 25 000 Mark zog. Beim Auslösen des Mülls stand stets ein Schuttmann neben dem Wagen, mit Fernerblick den Urat musternd. Trotzdem konnten sogar ziemlich große Metallstücke unbeanstandet verladen werden, da dem beaufsichtigenden Schuttmann offenbar das nötige Verständnis für seine Aufgabe fehlte.

Wie es in Wilhelmshaven überhaupt zugeht, dafür einige Beispiele: Von der Koppdowerst verstanden eines Nachts drei kupferne Dampfrohre trotz der Müllspalten. Am nächsten Tage fand man die Rohre an der Mündung des Ems-Jade-Kanals; wie sie dorthin gekommen waren, ist nie aufgeklärt worden. Auf ebenso unerklärliche Weise verschwand damals die Kassetten eines Torpedobootes, wofür allerdings die Werfverwaltung keine Schuld traf. Beweisen diese Tatsachen, wie sehr es mit einer wirklichen Kontrolle im argen lag, so stellt die Werfverwaltung doch ihren Mann, wenn es sich um Kontrolle resp. Schikanierung der Arbeiter handelt. Ein kompliziertes Kontrollensystem zwingt besonders die im Auftragsdienst beschäftigten Arbeiter, täglich eine halbe bis eine Stunde unnütz hin- und herzuliegen. Dazu kam die Kontrolle durch Schuttmannsposten, gestellt von der Berliner Schuttmannschaft; jeder Verdächtige hatte sich zwecks Körperlicher Untersuchung in die Wartstube zu begeben. Bei einem im Maschinenbauressort beschäftigten Zimmermann fanden die Schuttmann bei einer solchen Visitation einige Nägel. Trotzdem es klar auf der Hand lag, daß der Arbeiter die Nägel aus Vergeßlichkeit in der Tasche behalten hatte (er wohnte in unmittelbarer Nähe der Werft und ging deshalb in Arbeitskleidung nach Hause) bedurfte es einer hochnotpeinlichen wochenlangen Untersuchung, um den alten Arbeiter vor der drohenden Entlassung zu bewahren.

Wo es sich um Kleinliches handelt, ist die Werfverwaltung groß: St. Bureaukratie dirigiert. Der Fehler liegt eben völlig im System, in der Unzuverlässigkeit eines festen Beamtenapparates. Kennt man diesen, so wundert man sich nicht mehr über Vorurteile, wie sie der Kieler Werkstoffandal enthält.

Herr Dietrich Hahn.

Herr Dr. Dietrich Hahn, der Direktor des Bundes der Landwirte, ist, wie wir vor kurzem mitteilten, wegen Verleumdung zweier Gendarmen-Badmeister in öffentlicher Versammlung zu einer Geldstrafe verurteilt worden. In dieser Sache nimmt in der Zeitschrift „Der Gendarm“ der Oberst von der Brinken das Wort. Er lobt das besonnenen Verhalten der Gendarmen und fertigt den ansonstigen Selbstverleumdung leidenden,

sich selbst für ein politisches Genie haltenden Herrn Hahn mit folgenden Sätzen ab:

„Zunächst erscheint es fraglich, ob in dem Nichtauffreten des Sozialdemokraten eine Verleumdung gefunden werden kann. Aber ganz abgesehen davon ist der eine öffentliche Versammlung beaufsichtigende Gendarm durchaus nicht berechtigt, einen jeden, der eine strafbare Handlung begeht, hinauszuweisen, sondern zunächst nur dazu, seine Persönlichkeit festzustellen und Anzeige zu erstatten. Unreines Erachtens hätte Herr Dr. Hahn der Sache des Königtums besser gedient, wenn er das Verhalten des Sozialdemokraten vollkommen ignorierte, anstatt öffentlich schwere Verleumdungen gegen die Hüter der Ordnung zu richten und den Sozialdemokraten förmlich anzugreifen, ein Verfahren, wozu ihm die Gendarmen in vollkommen korrekter Weise das Recht bestritten. Erst durch dieses Verhalten des Dr. Hahn wurde der ganze Vorgang zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgeführt und dadurch lediglich der Sache der Sozialdemokratie ein fernerwärtiger Dienst geleistet. Es macht wahrlich einen wenig anmutigen Eindruck, wenn ein politisch hochgebildeter Mann, wie Dr. Dietrich Hahn, die Sache der Ordnung und des Königtums dadurch wirksamer zu vertreten glaubt, daß er den Hütern der Ordnung öffentlich und in Gegenwart der Sozialdemokraten zuzurufen, sie sollten ihre Pflicht tun, sie sollten ihre Instruktionen lesen, und ihnen mit drohenden Gebärden launere Verleumdungen und Trochworte entgegenzuleudern, weil sie nicht nach seinem, für die Gendarmen durchaus nicht maßgebenden Willen handeln wollten.“

Eine ausführliche Denkschrift gegen die Schiffsabgaben

veröffentlicht die sächsische Regierung in Uebereinstimmung mit der bairischen Regierung im antiken „Dresdener Journal“. Es werden darin die Gründe noch einmal zusammengefaßt, die bereits vom Regierungstische im Landtage aus gegen die in einer Denkschrift der preussischen Regierung entworfenen Pläne geltend gemacht worden sind. Wörtlich heißt es dann zum Schluß:

„Die Regierungen Sachsens und Böhmens glauben hiermit darzulegen zu haben, mit wie überaus weitgehenden grundsätzlichen Bedenken vollkommener politischer und verfassungsrechtlicher Art die von der königlich-preussischen Regierung erhaltene Zulassung von Schiffsabgaben auf den requirierten Strömen verbunden sein würde. Sie können sich der ersten Sorge nicht erwehren, daß die Bestimmungen der Vorlage weite Kreise Deutschlands wirtschaftlich schädigen, den föderativen Charakter des Reiches antasten, die Eintracht unter den deutschen Bundesstaaten stören und die Autorität in der Unerrückbarkeit der Verfassung erschüttern würden. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß es gelingen möge, die Abgabefreiheit der deutschen Ströme, dieses Wahrzeichen der deutschen Einheit, dieses Vollwerk des guten Einvernehmens zwischen den deutschen Bundesstaaten, zu sichern und zu erhalten.“

Pluralwahlrecht in Hessen?

Darmstadt, den 8. Dezember. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Als Resultat der Kompromißverhandlungen, die heute im Rumpfparlament gepflogen worden sind, ergab sich folgendes: Da der Bauernbund erklärt hat, daß er die Wahlrechtsvorlage in der Fassung des § 3 scheitern lassen werde (Verweigerung der Mandate), falls nicht als Kompensation der Antrag Weber auf Einführung des Pluralwahlrechts angenommen würde, haben sich die Nationalliberalen und das Zentrum bereit erklärt, obwohl Zweifel gegen das Pluralwahlrecht bestehen, dafür zu stimmen unter der Voraussetzung, daß die Bauernbündler für die Verweigerung der städtischen Mandate stimmen; andererseits aber haben die Bauernbündler und die agrarisch Nationalliberalen ihre Bereitwilligkeit erklärt, für den Antrag Ration zu stimmen, der eine Herabsetzung der Staatsangehörigkeit von 8 auf 1 Jahr enthält. Von den Sozialdemokraten und Freisinnigen wird ein Antrag gestellt werden, an Stelle der Teilerneuerung die Totalerneuerung zunächst für 3 Jahre eventuell für 5 oder 6 Jahre einzuführen. Hierüber wird in der morgigen Sitzung die Entscheidung fallen.

Die Nationalliberalen und das Zentrum haben in Hessen in der Wahlrechtsfrage der Reaktion soviel entgegenkommen bewiesen, daß ihnen wahrhaftig auch die Ungehörlichkeit zuzutrauen ist, die ihnen die Meldung unterstellt.

Die Verfassungsfeier in Hamburg.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Hätten nicht am Montag auf den öffentlichen Gebäuden deutsche und hamburgische Flaggen gehweht als Zeugen dafür, daß etwas los sein würde: Da der gewöhnliche Mensch hätte gewußt, um was es sich handelte. Das Bürgertum, mit Ausnahme des kleinen Kreises seiner Erwählten, nahm von dieser Feier keine Notiz, es begnügte sich mit einigen tendenziösen Verfassungspartikeln, welche die Bourgeois-presse aus diesem Anlaß zusammengeköpelt hatte. Nur im Rathhause herrschte Feststimmung. Einige Neugierige waren vor dem Parlamentsgebäude erschienen, um den Anzug der Senatoren in ihrem altertümlichen Aufzug in Augenschein zu nehmen. Die „Volksvertreter“ erschienen vorchriftsgemäß in „Frau und weißer Binde“, so lauteten die Einladungen. Gewöhnliche Leute hatten also keinen Zutritt zur Feier der „Volksvertretung“. Außerdem hatten sich Diplomaten, hohe Offiziere usw. eingeladen.

Vor diesem Publikum hielten der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Burckard, und der Präsident der Bürgerchaft, Landgerichtspräsident Engel, Ansprachen, in denen jeder seine Zufriedenheit mit der anderen Körperschaft ausdrückte.

Dr. Burckard, der nicht zum Schornacherflügel des Senats gehört und Gegner des Wahlrechtsabwesens sein soll, schlug einen verfallenden Ton an. Er wußte die Massen für den Staatsgedanken zurückzugewinnen, ausgleichende Gerechtigkeit über, zur Ueberbrückung der Klaffen gegenüber beizutragen, die breiten Schichten der Bevölkerung in steigendem Maße an den Gütern der Kultur teilnehmend lassen, ohne in weisfremden Idealismus zu verfallen.

Kommunalwahlen.

In Zwickau i. S. ergelten die Sozialdemokraten bei der Stadtverordnetenwahl 727—910 Stimmen gegenüber 606—669 im Vorjahre. Das ist eine Zunahme von 221—241 Stimmen.

In Verdau i. S. wurden zwei Genossen mit 619 beziehungsweise 488 Stimmen in das Stadtverordnetenkollegium gewählt. Die übrigen Genossen erhielten im Durchschnitt 341 Stimmen; sie blieben hinter den Gegnern nur um 70—100 Stimmen zurück.

Einen glänzenden Wahlsieg errangen die Genossen in Rebersgrün i. L.; dort siegte die sozialdemokratische Liste mit 115—123 Stimmen über die gegnerische, auf die nur 63—80 Stimmen entfielen.

In Redargartach (Württemberg) siegte bei der Wahl zum Gemeinderat die sozialdemokratische Liste, auf der Parteigenossen und ein Unparteilicher standen, mit 361 bis 381 Stimmen gegen 120 bis 98 Stimmen, die auf die Gegenkandidaten fielen.

Bei den am Mittwochabend beendeten dreitägigen Stadtverordneten-Sitzungen der 3. Abteilung in Halle an der Saale erhielten die Sozialdemokraten 6619, die Bürgerlichen 6678 Stimmen.

Gegen den „inneren Feind“!

Wie das „Volkblatt für Halle“ mitteilen kann, sind in Halle am Tage der Wahl zwei Kompagnien des Infanterie-Regiments Nr. 33 in der Kaserne marschbereit gehalten worden.

Ein Opfer des Militarismus.

Beim Hamburger Infanterieregiment storb vor kurzem ein Rekrut namens Weisheit. Der Unglückliche ist das Opfer sträflicher Pflichtverkenntnis mehrerer Vorgesetzter geworden. Nach der zweimal vorgenommenen Pupierung fühlte er sich krank. Als noch ein Fieberanfall hinzukam, meldete er sich zum Arzt, worauf ihm, laut Dienstbuch, drei Tage „Revier“, das heißt Schonung, verordnet wurden. Wie R. später seinem Vater erzählte, hat man ihn aber nur einen Sonntag nachmittags in seinem Krankenzimmer gesüßelt, dann hat er wieder Dienst tun müssen. Als er sich infolge der Verschlimmerung seines Fiebers wieder krank melden wollte, hat ihn der Vizefeldwebel Aulerstein mit den Worten: „Wenn Sie sich nochmals krank melden, kommen Sie ins Loch“ eingeschüchtert, so daß R. die Meldung unterließ und weiter Dienst leistete, obwohl er kaum noch richtig gehen konnte. Zum Zimmergeanten soll der Vizefeldwebel außerdem geäußert haben, er möge nur den R. tüchtig auf den Kopf schlagen, der simulierte wohl nur und wolle sich vom Dienst drücken. Erst als der von Schmerzen gepeinigter Rekrut nur noch humpeln konnte und in der Kaserne förmlich zusammenbrach, hat man ihn ins Lazarett gebracht, wo nach einer von einem einjährigen Arzt vorgenommenen Operation Blutvergiftung eintrat, die dann in wenigen Tagen den Tod herbeiführte.

Der Verstorbene war vor seiner Militärdienstzeit Mitglied des Arbeiterturnvereins „Vorwärts“ gewesen, und seine früheren Vereinsgenossen wollten ihm deshalb das letzte Geleit geben. Davon wollte aber die Militärbehörde nichts wissen; sie verweigerte den Turnern die Beteiligung an der Bestattung. Am lehrte aber der Vater des Toten die Beteiligung des Militärs (wie auch der Geistlichkeit) ab, so daß die Arbeiterturner ihrem dahingeschiedenen Freunde ungehindert die letzte Ehre erwiesen konnten. — Wegen den Vizefeldwebel Aulerstein ist ein Verfahren eingeleitet worden, das gegenwärtig noch schwebt. Es läßt sich auf § 147 des Militärstrafgesetzbuchs. Wahrscheinlich wird das Verfahren auch auf den Militärarzt, der R. behandelt hat, ausgedehnt werden müssen.

Das Sparsystem der preussischen Eisenbahnverwaltung bekommen eine Anzahl Passagiere dieser Tage auf der kleinen Station Bischofen bei Erfurt zu spüren. Ordnungsgemäß mit Fahrkarten versehen, wollten a. h. i. d. m. mittags 1.44 Uhr den Personenzug in der Richtung Neudietendorf benutzen. Die Zeit der Abfahrt kam immer näher, aber niemand erschien, der die aus der Wartehalle nach dem Bahnsteig führende Tür öffnete. Schon fährt der Zug ein, der Stationsvorsteher gibt bereits wieder das Zeichen zur Abfahrt, da endlich hört man das Rauschen und Rufen der noch immer hinter Verriegelung gehaltenen Passagiere. In voller Verstärkung öffnet ein Beamter die Tür und während er noch gewissenhaft jede Fahrkarte einzeln knipst, dampft der Zug inzwischen ab. Die Passagiere haben das Nachsehen. Es folgte eine etwas erregte Auseinandersetzung mit den Beamten, aber wohl oder übel mußten sich die Fahrgäste bis zur Abfahrt des nächsten Zuges gedulden.

Wer die Verhältnisse auf solchen kleinen Stationen kennt, wird den Beamten nur zum Teil die Schuld an dem fatalen Vorkommnis bemessen. Denn an solchen Orten ist das Personal in der Regel so knapp bemessen, daß die einzelnen Beamten sich manchmal geradezu teilen müssen, um besonders bei der Zugabfertigung alle ihnen obliegenden Funktionen erfüllen zu können. Der oben geschilderte Vorfall zeigt so recht, wie wir in Preußen im Zeichen des „Verkehrs“ leben.

Frankreich.

Die Bewegung der Polizisten.

Paris, 8. Dezember. Die Vertreter der Schutzleute, die gestern dem Polizeipräsidenten ihre Forderungen vorgetragen haben, beschlossen, auf einem öffentlichen Pläze eine große Versammlung abzuhalten, zu welcher auch die Beamten der Polizeipräfektur eingeladen werden sollen. Es heißt, daß auch die Munizipalgardisten an der Versammlung teilnehmen wollen, um ihre Wünsche geltend zu machen.

England.

Der Wahlkampf.

London, 8. Dezember. Dem „Reuter'schen Bureau“ zufolge ist ein Hauptzug der seit der Ablehnung des Budgets durch das Oberhaus eröffneten politischen Kampagne die außerordentliche Energie, mit der die Liberalen den Kampf gegen das Oberhaus in der Verfassungsfrage aufgenommen haben. Die meisten Minister nehmen an der Kampagne teil und halten jeden Abend in Versammlungen Reden. Churchill hat eine Tour nach Lancashire unternommen, das als das wichtigste politische Zentrum Großbritanniens gilt. Lancashire ist auch deswegen besonders wichtig, weil es als Zentrum des Freihandels angesehen wird. Churchill spricht dort zehn Tage lang und hält an einzelnen Tagen sogar mehrere Reden. Er bezeichnet, wie dies auch die übrigen Minister tun, die Ablehnung des Budgets durch das Oberhaus als den springenden Punkt und erklärt, daß die Liberalen die Regierung nur wieder übernehmen würden mit der Vollmacht, das Vetorecht des Oberhauses in bezug auf die Gesetzgebung abzuschaffen. Die Konservativen scheinen ihren Feldzugsplan noch nicht fertig zu haben, und es haben bisher nur wenige bekanntere Konservativen gesprochen, unter ihnen Lord Lansdowne.

Chamberlains Schutzollpläne.

Birmingham, 8. Dezember. „Daily Post“, die allgemein als von Joseph Chamberlain inspiriert gilt, veröffentlicht die Umrisse eines Tarifplans, der ihrer Ansicht nach von der Regierung aufgestellt werden dürfte, falls die Unionisten bei den Neuwahlen an die Ruder kommen sollten. Danach würden nur drei Zollsätze zur Anwendung kommen, nämlich von 5, 10 und 15 Proz., und zwar 5 Proz. bei halbfertigen, 10 Proz. bei nicht ganz fertigen und 15 Proz. bei ganz fertigen Waren, während Rohmaterial zollfrei bleiben soll. Für jeden Zollsatz sollen außerdem drei Abstufungen bestehen. Der Durchschnittszoll würde 10 Proz. betragen und auf Länder Anwendung finden, die mit England in handelsfreundlichen Beziehungen stehen. Ein niedrigerer Zoll, wahrscheinlich 7 1/2 Proz., würde von Produkten aus den Kolonien erhoben werden und ein höherer, wahrscheinlich 12 1/2 Proz., über 15 Proz. für Produkte aus anderen Ländern, die Englands Einfuhr unbillig erschweren. Nach den sechsen Ausschüssen würde der Zoll auf ausländisches Getreide 2 Schilling per Quarter mit einem Nachlaß für aus den Kolonien kommendes Getreide betragen. Wehl würde einen höheren Zoll zu tragen haben, da auf dessen Herstellung bereits Arbeit verwandt wurde. Speck und Mais würden von der Freiliste abgesehen werden.

Dänemark.

Wahlkreisordnung und Verfassungsreform.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben: Das dänische Folketing hat sich in den letzten Tagen mit zwei verschiedenen Vorschlägen befaßt, die beide die Durchführung des allgemeinen gleichberechtigten Wahlrechts zum Ziele haben und ursprünglich

von der Sozialdemokratie ausgegangen sind. Durch ein neues Wahlkreisgesetz, eine gerechte Einteilung der Wahlkreise, soll eine Verteilung geschaffen werden, die fähig und ehrlich gewillt ist, eine wirklich demokratische Verfassungsreform durchzuführen. Zur Neueinteilung der Wahlkreise liegt ja nun ein annehmbarer Regierungsentwurf vor. Er hat im Folketing eine lebhafteste Debatte hervorgerufen, die jedoch hauptsächlich dadurch entstand, daß ein Wortführer der Reformlinken an den Minister die Frage richtete, ob er das Landthing samt dessen königsgewählten Mitgliedern für auslösbar halte. Der Ministerpräsident Zahle antwortete offen und ehrlich, daß auch die Königsgewählten von einer Auflösung betroffen werden müßten. Dann hielt J. C. Christensen eine vieldeutige Rede, mit der er sich einerseits den Konservativen, andererseits den demokratisch gesinnten Wählern im Lande zu empfehlen suchte, und die schließlich in dem Vorschlag einer „Friedensauflösung“ endete, bei der die Regierung den alten königsgewählten Landstingmännern durch königliche Resolution ihre Mandate garantieren sollte. Zahle bezeichnete diesen Weg zu wählen, als einen Ausschlag politischen Humbug, und unser Parteigenosse Borgbjerg stempelte Christensens Verhalten als eine neue Verätherung, die schlimmste, die er begangen, und das gerade in dem Augenblicke, da ein Verfassungskampf im Entstehen begriffen ist. Es entstand ein heftiger Wortwechsel, wobei die Tribünen so lebhaft gegen Christensens Partei nahmen, daß der etwas nervöse Vorsitzende die Tribüne räumen ließ. . . Christensen wurde durch die Sozialdemokraten, die Radikalen und den Ministerpräsidenten demohän in die Enge getrieben, daß er schließlich die Auflösbarkeit der Königsgewählten anerkennen mußte.

Die neue Wahlkreisordnung ist nun einem Ausschuss von 15 Abgeordneten überwiesen. Die konservativen Ausschussmitglieder haben dafür gesorgt, daß Christensen, derselbe Mann, den sie für eine Reichsgerichtsanlage reif halten, zum Vorsitzenden dieses Ausschusses gewählt wurde.

Zur Verfassungsreform liegen zwei Vorschläge vor: ein sozialdemokratischer, der die Einsetzung einer Kommission verlangt, die bis Oktober 1910 Vorschläge zu einer neuen Verfassung ausarbeiten soll, auf Grundlage der Abschaffung des privilegierten Wahlrechts (des Zweiklassenwahlrechts zum Landsting), der vollen Durchführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts, der Ausdehnung des Wahlrechts wie der Wählbarkeit auf die Frauen und das Gesinde, sowie die Herabsetzung des Wahlrechtsalters. Der zweite Vorschlag, von den Radikalen eingebracht, enthält in gewissen Grenzen dieselben Forderungen, ist jedoch im einzelnen ausgearbeitet, läßt aber das Zweiklassenwahlrecht bestehen, allerdings mit demokratischer Umgestaltung des Landstings und Abschaffung der königsgewählten Mitglieder. Ferner wird darin die Einführung von Volksabstimmungen verlangt. Borgbjerg erklärte, daß die Sozialdemokratie, wenn sie auch prinzipiell das Einkammersystem verlange, sich unter Umständen mit dem Zweikammersystem der Radikalen einverstanden erklären könnte, da ja beide Kammern auf Grundlage des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt werden sollte. Jedoch müsse seine Fraktion noch verschiedene Änderungen beantragen. Zahle bemerkte, daß die Regierung sich durchaus den Ideen anschleße, die den beiden Vorschlägen zugrunde liegen. Im selben Augenblicke, wo eine Mehrheit im Folketing für die Vorschläge vorhanden sei, werde die Regierung sich an die Spitze dieser Mehrheit stellen. Es kam dann wiederum zu lebhaften Debatten, in deren Verlauf der Ministerpräsident sagte: Wenn echte Vorkämpfer sich mit den Radikalen alliierten wollten, müssen sie sich auch mit den Sozialdemokraten aussöhnen. Nur eine starke, einmütige Demokratie kann eine wirklich demokratische Verfassungsreform durchführen.

Die beiden Vorschläge zur Verfassungsreform wurden schließlich ebenfalls einem Ausschuss überwiesen.

Amerika.

Die Vorkastung Laft.

Washington, 7. Dezember. Die Vorkastung des Präsidenten Laft an den Kongreß ist kurz und in mahndem Tone gehalten. Die vorgeschlagenen Änderungen an dem Antitrustgesetz und an dem Gesetz über den zwischenstaatlichen Handel sowie die neuen Gesetzentwürfe für die Erhaltung der nationalen Wasserquellen und die Verbesserung der Wassertragen und der Bewässerung werden für Sonderbotschaften vorbehalten. Die Vorkastung beschäftigt sich ausführlich mit verschiedenen Fragen der auswärtigen Politik und wendet sich scharf gegen die Willkürherrschaft des Präsidenten Teylo von Nicaragua, der zwei amerikanische Bürger habe hinarichten lassen.

Die Vorkastung verteidigt dann den neuen Zolltarif und spricht die Hoffnung aus, daß er nicht zu einem Zollkrieg führen werde, und daß er (der Präsident) die ihm übertragene Vollmacht zur Anwendung des Regimantaris niemals werde anzuwenden brauchen. Zum Schluß weist der Präsident in seiner Vorkastung auf den hohen Stand der Prosperität des Landes hin und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine erhebliche Steigerung des Geschäftslebens zu erwarten sei. Die Steigerung der Kosten des Lebensunterhalts mache sich nicht nur in Amerika, sondern in der ganzen Welt fühlbar und sei in keiner Weise dem bestehenden Schutzoll zur Last zu legen, da hierher gehörige Artikel durch den jetzigen Tarif nicht nur keine Zollserhöhungen, sondern vielfach Erniedrigungen erfahren hätten.

Aus der Partei.

Die Sozialdemokratie im westlichen Westfalen.

Der Landesvertrauensmann für das westliche Westfalen hat seinen letzten Bericht für die Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 31. Oktober 1908 erstattet. Ueber den Stand der Organisation ist ihm zu entnehmen: Die vier Wahlkreise, in denen Kreisvereine bestehen, zählen 18 127 Mitglieder, unter denen 4004 Frauen sind. Am 1. Juli 1908 betrug die Zahl der Mitglieder 14 532 ohne Frauen, am 1. Juli 1907 13 284. Von den Mitgliedern entfallen auf den Wahlkreis Dortmund 8827, auf Bochum 5790, auf Hamm-Soest 2156, auf Reddinghausen-Vorke 1740. In Arnberg-Diipe-Weische besteht noch keine Kreisorganisation, in der losen Vereinigung sind 125 Genossen. Von der Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler von 1907 im Bezirk machen die Organisierten 18 Prozent aus. Der Beitrag ist in Dortmund für männliche Mitglieder 30 Pfennig monatlich, wozu alle Vierteljahre 20 Pf. für den Wahlfonds kommen, die weiblichen Mitglieder zahlen 15 Pf. monatlich. In Bochum zahlen die Männer 10 Pf. wöchentlich, die Frauen 5 Pf. wöchentlich, wofür sie die „Gleichheit“ gratis erhalten. In Hamm-Soest zahlen die Männer 30 Pf. monatlich, die weiblichen 15 Pf. In Vorke-Reddinghausen zahlen die Männer 10 Pf. wöchentlich, die Frauen 10 Pf. monatlich.

Die Einnahmen der Kreisvereine betragen 1908/09 78 844 M., 1907/08 66 056 M., 1906/07 47 600 M., 1905/06 21 820 M. Die finanzielle Stärkung der Partei ist also von Jahr zu Jahr zu verzeichnen.

Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus Stockholms Publikistenklub.

Die Journalisten und Redakteure in Schweden hatten seit vielen Jahren in den Publikistenklub eine Organisation, der als einer reinen und politisch neutralen Berufsvereinigung auch sozialdemokratische Berufsangehörige kein Bedenken tragen anzugehören. Diese politische Neutralität hat unter der großen Sozialistenbege der achtziger Jahre standgehalten und auch der scharfe Unionsstreit von 1905, als ein Teil der schwedischen Presse in mehr oder minder scharfen Worten

zum Kriege gegen Norwegen hieß, ein anderer, besonders die sozialdemokratischen Blätter vorbehaltlos für das Recht des Nachbarvolkes auf politische Selbständigkeit eintraten, vermochte die Neutralität des Publikistenklub nicht zu erschüttern. Anders wurde es beim allgemeinen Wahlenstreit der schwedischen Arbeiterchaft in diesem Sommer. Als die Buch- und Zeitungsdrucker in dem Sympathiestreit traten, da erklärte der Publikistenklub von Stockholm in einer Versammlung am 11. August das für ein „Attentat auf die Pressefreiheit“ und die sozialdemokratischen Redakteure für diejenigen, die für dieses Verbrechen verantwortlich seien. Obwohl es sich bald herausstellte, daß der Typographenstreit eigentlich nur die sozialdemokratische Presse Schwedens gänzlich lahmgelegt hatte, wofür das Wahlenstreitorgan der Landesorganisation einen ganz unzureichenden Ertrag bot, während die reaktionären Blätter mit Hilfe von allerlei Streikbrechern nach und nach wieder erschienen konnten, legt man die Beschimpfungen der sozialdemokratischen Redakteure fort. In dem Umfange, daß die Arbeiterchaft zum Boykott der arbeiterfeindlichen Blätter auffordert, daß die sozialdemokratische Presse pflichtgemäß davon Rottz nimmt und natürlich auch selbst die Arbeiterchaft auffordert, ihre eigene Presse der ihrer Freunde vorzuziehen, erklärte die reaktionäre Mehrheit des Publikistenklub einen weiteren Grund, gegen ihre sozialdemokratischen Kollegen vorzugehen. Am 19. November hatte der Stockholmer Publikistenklub mit 84 gegen 16 Stimmen liberaler Mitglieder folgendes beschlossen:

„Am Anlaß zu seinem Protest vom 11. August gegen das im Zusammenhang mit dem Typographenstreit begangene Attentat gegen das freie Wort sieht der Publikistenklub sich veranlaßt, sein tiefes Bedauern und seine tiefe Mißbilligung darüber auszusprechen, daß gewisse Mitglieder an diesem Attentat teil mitgewirkt oder es unterstützt haben, teils zum Boykott von Zeitungen anderer politischer Richtung aufgefordert, teils gegen Kollegen öffentliche Angriffe besonders kränkender Art gerichtet sowie auf diese Weise das Ansehen der schwedischen Presse geschädigt und herabgesetzt haben.“

Unsere Genossen sind selbstverständlich auf die Beschimpfungen durch die bürgerliche Presse die treffende Antwort niemals schuldig geblieben; wenn aber das Ansehen dieser Presse, was Tatsache ist, sehr gelitten hat, so ist das einfach eine Folge davon, daß sie sich gänzlich unfähig zeigte, den großen Ereignissen dieses Sommers gegenüber eine würdige Stellung einzunehmen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Publikistenklub haben mit starken sachlichen Gründen gegen jene Resolution protestiert, aber die Vorempfindlichkeit der letzten Tage zeigte nur um so deutlicher, daß sie dieser ehemals neutralen Berufsorganisation nicht länger angehören konnten. Infolgedessen haben die Genossen Ejalmar Wranning, O. Gerhard Magnussen und Sven Persson nun unterm 8. Dezember ihren Austritt aus dem Publikistenklub erklärt, und Frau Anna Wranning hat demselben getan.

Soziales.

Aus einem agrarischen Kreise.

Von dem Vorzüglichen Gute in Großbehnig (Westhaveland) wird uns ein Vorkast Bericht, der wieder einmal beweist, warum die Agrarier über Leutenot zu klagen haben. Auf dem Gute sind russisch-polnische Wanderarbeiter beschäftigt; darunter Frauen und Kinder. Ende November wurden sie auf das Feld geschickt, um Rübenmieten einzudecken. Dabei überfiel sie ein heftiger Schneefall, und die Arbeiter, besonders die leichtgekleideten Frauen, die obendrein nur Pantoffeln an den Füßen trugen, baten den Vorarbeiter, die Arbeit unterbrechen zu dürfen. Der stimmte zu. Die Arbeiter gingen zum Gut, um sich Arbeit im Trodenen antreiben zu lassen. Der Inspektor antwortete indessen auf die berechtigte Bitte damit, daß er den Vorarbeiter Schimanski mit seinem Stod derart verprügelte, daß der Stod zerbrach. Die polnischen Arbeiter, die dem Vorarbeiter schuldig zur Seite treten wollten, wurden vom Quabalter und Brenner, die bewaffnet herbeieilten, in ihre Wohnungen getrieben. Schließlich beteiligte sich auch noch der Administrator an der Mißhandlung des Vorarbeiters Schimanski. Dann wurde ein Genbarm geholt, der diesen Vorarbeiter fesselte und aus seiner Wohnung zum Gutshofe brachte. Dort wurde er in einem kellerartigen Raum unter dem Pferdehale eingesperrt. Als er am Abend noch nicht freigelassen war, verlangte die Frau Schimanski, zu ihrem Mann gelassen zu werden, was man auch zugab. Sie ging mit ihren vier Kindern — das jüngste ist sechs Monate alt — in das dem Manne angewiesene Gefängnis, und dort wurden die Leute vom Donnerstag bis Sonnabend Nacht festgehalten. Sonnabend um Mitternacht brachte man die Familie Schimanski nach dem Gutshof. Wohin sie gefahren sind, ist unbekannt. Die Arbeiter vermuten, man habe den Mann in Untersuchungshaft abgeführt.

Aus welchem Grunde ist der Arbeiter fesselt und entgegen dem Befehl tagelang im Keller zurückgehalten, ohne dem Richter vorgeführt zu werden? Wird gegen die Leute, die für des Arbeiters Festhaltung verantwortlich sind, Anklage erhoben und der gemißhandelte Vorarbeiter in Freiheit gesetzt werden? Oder wird der Spieß umgedreht werden?

Klagbarkeit der Weihnachtsgratifikation.

Ein interessantes Urteil in bezug auf die Verpflichtung zur Leistung einer Weihnachtsgratifikation wurde in der letzten Sitzung der zweiten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts gefällt. Es lagte dort der Quabalter E. gegen die End u. Straßherke Konkursmasse auf Zahlung einer anteiligen Weihnachtsgratifikation für die Monate Januar bis Mai. Der Kläger führt an, daß ihm gleich beim Antritt eine Gratifikation in Höhe des jeweiligen Monatsgehalts zugelaßt wurde, und daß er auch vier Jahre hindurch die Zuwendung der Abrede gemäß erhielt. Der als Zeuge erdienenen frühere Direktor der in Konkurs geratenen Aktiengesellschaft, B., bestätigte auch die Behauptungen des Klägers und bekundete noch, daß das gesamte Personal die gleiche Vergünstigung genoh. Demgegenüber forht der Beklagte vortretende Konkursverwalter die Forderung auf Grund des Statuts der Gesellschaft an, nach welchem über Demütigungen für Angehörige mit einem Einkommen über 250 M. monatlich eine Beschlußfassung des Aufsichtsrats stattfinden müsse. Das sei aber hier nicht eingetreten.

Das Kaufmannsgericht beurteilte die beklagte Konkursmasse zur Zahlung der anteiligen Weihnachtsgratifikation in Höhe von 114.50 M. In der Begründung heißt es: Das Gericht ist der Ansicht, daß § 20 der Statuten auf den vorliegenden Rechtsstreit nicht angewandt werden könne, und zwar aus dem Grunde, weil zu der Zeit, als dem Kläger eine Gratifikation zugelaßt sein soll, eine solche in Höhe von 250 M. noch nicht in Frage stand. Die Direktion konnte ohne Rücksicht auf die Statuten der Aktiengesellschaft verpflichtet. Kläger mußte jedoch nachweisen, daß die Beflagte ihm gegenüber eine Verpflichtung eingegangen war, die fortlaufende Bewährung allein begründet einen solchen Anspruch noch nicht. Aus den ganzen Umständen muß der Wille des Prinzipals, sich verpflichtet zu wollen, nachgewiesen werden. Solche Umstände sind aber hier dargetan. Selbst wenn Direktor B. nicht persönlich den Kläger engagiert hat, so war es der Wille des Direktors, sich zu einer Gratifikation verpflichtet zu wollen. Denn es herrschte bei der Gesellschaft die Pflichtenpflicht, dem ganzen Personal die Zuwendung systematisch zu machen. Es kommt auch nur ein einseitiger Wille in Frage, weil die Gesellschaft durch zwei Direktoren vertreten wird. Die Beflagte hat durch Eröffnung des Konkurses die weitere Dienstleistung verhindert und sie mußte deshalb die Gegenleistung gewähren. Der Kläger brauchte nicht gerade zu Weihnachten noch in Stellung zu sein, es genügt, daß er einen Teil des Jahres in Stellung war. Die Gratifikation war ihm darum anteilig zuguzusprechen.

Gewerkschaftliches.

Das polizeiliche Verbot des Streikpostenstehens ist rechtswidrig!

In Helmstedt im Herzogtum Braunschweig tobte Anfang dieses Jahres ein heftiger Kampf zwischen den Holzarbeitern und der Firma Saalfeld, bei dem seitens der Ortspolizeibehörde alle Register gezogen wurden, um den Sieg an die Fahne der in Massen nach Helmstedt gezogenen gelben Streikbrecher bezug. Der Firma Saalfeld zu helfen. Sie erließ mehrfach auf Grund einer falschen Gesetzesanwendung Polizeiverordnungen, durch die der kleine Belagerungsstand über ganze Stadtteile verhängt und das Streikpostenstehen verboten wurde. Mehrere Tisler wurden wegen Streikpostenstehens durch die Gendarmen von der Straße vertrieben; später erhielten sie Strafanträge. Zwei der Verurteilten beantragten richterliche Entscheidung, wurden jedoch vom Schöffengericht wie auch von der Berufungsinstanz, der Strafkammer des Landgerichts verurteilt. Erst ihre Revision an das Oberlandesgericht hatte Erfolg. Die beiden Angeklagten, die der Aufforderung der Gendarmen, von der Straße wegzugehen, nicht gefolgt waren, wurden von dem höchsten braunschweigischen Gericht freigesprochen, weil die Polizeiverordnung über das Verbot des Streikpostenstehens natürlich rechtswidrig ist!

Berlin und Umgegend.

Eine Lehrlings- und Jugendabteilung im Verbands der Sattler und Portefeuilier.

Die Kölner Generalversammlung Ostern 1909 überwies dem Zentralvorstand einen Antrag zur Berücksichtigung, wonach innerhalb des Verbandes eine Lehrlingsabteilung geschaffen werden sollte. Der Vorstand hat nicht nur dem Antrage seine Zustimmung gegeben, sondern ging noch darüber hinaus. Er arbeitete ein Statut aus, wonach neben den Lehrlingen des Sattler- und Portefeuilerverbandes auch die jugendlichen Hilfsarbeiter unter 17 Jahren dieser Abteilung beitreten können. Am Sonntag fand im Berliner Gewerkschaftshaus eine gemeinschaftliche Konferenz des Ausschusses, Vorstandes und der Gauleiter statt, welche sich u. a. eingehend mit dem Vorschlage des Vorstandes beschäftigte und ihm auch zustimmte. Die Lehrlings- und Jugendabteilung wird mit dem 1. März 1910 ins Leben treten. Sie soll durch sachliche Ausbildung, wissenschaftliche Belehrung in Wort und Schrift und Pflege der Geselligkeit ihren Mitgliedern in der geistigen und körperlichen Fortentwicklung behilflich sein. Außerdem soll bei eintretender Krankheit den Mitgliedern, sowie im Falle ihres Ablebens ihren Angehörigen eine materielle Unterstützung zuteil werden.

Der wöchentliche Beitrag wurde auf 10 Pf. normiert. Hat der Lehrling seine Lehrtätigkeit beendet oder hat der jugendliche Hilfsarbeiter das 16. Lebensjahr überschritten, so erlischt dessen Mitgliedschaft in der Jugendabteilung und die des Verbandes beginnt. Die bisher geleisteten Beiträge werden beim Uebertritt in Verbandbeiträge umgerechnet. Die wöchentliche Krankenunterstützung beträgt 3 M. und kommt im Falle der Krankheit bei mindestens 2wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung auf die Dauer von 10 Wochen, bei mindestens 6wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung auf die Dauer von 20 Wochen zur Auszahlung. Im Falle des Ablebens eines jugendlichen Mitgliedes wird ein Sterbegeld von 15 M. nach 2wöchiger, von 25 M. nach 6wöchiger Beitragsleistung an die Angehörigen des Verstorbenen gezahlt. Nach beendeter Lehrtätigkeit bzw. nach vollendetem 16. Lebensjahre des jugendlichen Hilfsarbeiters kann das Mitglied, sobald es mindestens 62 Beiträge geleistet hat, eine Reise- und Arbeitslosenunterstützung bis zu 24 M. erheben. Entsprachen die geleisteten Beiträge in der Jugend- und Lehrlingsabteilung und die des Verbandes einem Jahresbeitrag des Verbandes, so treten dessen statutarische Bestimmungen in Kraft. Ueber diesen Unterstützungen erhalten die Jugendlichen das achtwöchige erscheinende Verbandsorgan und die alle 14 Tage erscheinende „Arbeiter-Jugend“ gratis verabfolgt.

Deutsches Reich.

Der Reichstaxtarif für das Malergewerbe.

Die Breslauer Maler nahmen in geheimer Abstimmung mit überwiegender Mehrheit den Reichstaxtarif in der Voraussetzung an, daß die Lohn- und Arbeitszeitfrage in einer die Arbeiter befriedigenden Weise ihre Lösung findet.

Die Differenzen zwischen den Seidenbandindustriellen und den Bandwirtergeräten des bergischen Landes führten besonntlich, wie der „Vorwärts“ in seiner Nummer 271 mitteilte, auf Grund von Einigungsverhandlungen bis zur Schaffung eines Tarifvortrages zu einem Waffenstillstand. Nachdem nunmehr die diesseitige Tagelohnkonferenz der bergischen Seidenbandwirtergeräten, sowie die Generalversammlung des Vereins von Seidenbandfabrikanten die Vereinbarungen, welche die beiderseitigen Kommissionen getroffen, angenommen haben, ist der Abschluß des erlängten Tarifvortrages perfekt geworden. Der Tarifvertrag enthält neben der Anerkennung der Organisation der Arbeiter wesentliche und bedeutende Verbesserungen im Arbeitsverhältnis. So sind die Fabrikanten, entgegen dem bisherigen Lohnabkommen, bis zum Ablauf des Tarifes an feste Abordnungen gebunden. Sodann soll das Vorratens für die Zukunft im Tagelohn (4 M.) gesichert. Für Warten auf Stoffe während der Reite werden 4.50 M. vergütet. Für Musterarbeiten während der Reite werden 50 Pf. pro Stunde extra vergütet, falls durch das Mustermachen Veranlassungen an der Reite nötig sind. Die Gesamtarbeitszeit beträgt 56 1/2 Stunden pro Woche. Der freie Sonntagsnachmittag bleibt bestehen. Die Regelung der Arbeitszeit auf 56 1/2 Stunden ist unumkehrbar ein Fortschritt, als dieselbe bisher in fast allen Betrieben verschieden war und bis zu 61 Stunden betrug. Ebenfalls von Bedeutung ist die grundsätzliche Verwertung von Ueberstunden. Wenn Ueberstunden aber gar nicht zu vermeiden sind, dann müssen nachstehende Zuschläge gezahlt werden: bis 10 Uhr abends 30 Pf. pro Stunde, nach 10 Uhr und Sonntags 60 Pf. pro Stunde. Für Uebernahme der Durchführung des Tarifvortrages ist eine ständige Tarifkommission eingesetzt worden, bestehend aus drei Fabrikanten und drei Gewerkschaftsvertretern. Der Tarifvertrag läuft bis zum 1. März 1911. Die kurze Dauer, 15 Monate, wurde von Fabrikanten wie Arbeitern gewünscht, weil dieser Tarif der erste im Bandwirterberufe ist und die bis dahin gemachten Erfahrungen bei einem weiteren Abschluß Verwendung finden sollen.

Dieser Erfolg haben die Gehilfen ihrem geschlossenen Vorgehen zu verdanken und es wird an der Einigkeit derselben liegen, ob der Zeitilarbeiterverband in den Stand gesetzt wird, den Vertrag auch bei denjenigen Fabrikanten durchzuführen, die dem Verein der Seidenbandfabrikanten nicht angehören. Für die Gehilfen der Hausindustrie wird es nachgerade auch Zeit, sich auf ihre Reue zu besinnen und die Durchführung der Bestimmungen des Tarifes, einschließlich der 56 1/2stündigen Arbeitszeit nötigenfalls zu erzwingen.

Die streikenden Formier- und Gießerarbeiter der Remscheid-Eisenhütte haben den Versuch gemacht, den Streik aufzuheben, weil die Firma nunmehr dazu übergegangen ist, den Gießereibetrieb einzustellen.

Die Malzfabrik von Wahrensdorf in Striegan i. Schl., die erst vor kurzem unliebsam von sich reden machte, weil sie drei Ausländer, die Lohnforderungen unterbreiteten, von der Polizei ausweisen ließ, hat sich nun doch zu Zugeständnissen den Arbeitern gegenüber bereit. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Insetatenteil veranl.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

quemen müssen. Allerdings bedarf es erst eines mehrtägigen Streiks. Jetzt ist es dem Brauereiarbeiterverband gelungen, für die Streikenden, die sich je zur Hälfte aus Deutschen und Ausländern zusammensetzten und im Streik gemeinschaftlich ausbarten, einen Tarif mit der Firma abzuschließen, der für die Arbeiter wesentliche Vorteile mit sich bringt. Die Arbeitszeit wurde um 1 Stunde täglich vermindert, der Wochenlohn um 3 bis 4 M. erhöht, die Ueberstunden werden besser bezahlt und außerdem bei Krankheitsfällen bis zu 14 Tagen der volle Lohn vergütet. Fast hat es den Anschein, als ob der Unternehmer Wahrensdorf durch sein Entgegenkommen sein und der Polizei Verhalten den ausgewiesenen Ausländern gegenüber wieder gutmachen wollte.

Zur Lohnbewegung der Sticker im Vogtland wird berichtet, daß in Plauen eine gubeilichte Verammlung beschlossen hat, wenn die Forderungen nicht bewilligt werden, die Arbeit zu kündigen, und, soweit keine Kündigung befehligt, sofort in den Streik einzutreten. Es haben demzufolge am Sonnabend die Arbeiter einer ganzen Anzahl Betriebe die Kündigung eingereicht und dort, wo keine Kündigung bestand, haben die Sticker die Arbeit sofort eingestellt. Daraus sind bereits mehrere Unternehmer die Forderungen bewilligt. Die Vereinigung der Maschinenbesitzer hat auf die Forderungen der Sticker zunächst geantwortet, daß sie die Berechtigung derselben anerkennen und ihren Mitgliedern empfohlen habe, sich mit den Arbeitern abzufinden. Montag wurde die Vertretung des Deutschen Zeitilarbeiterverbandes zu einer Besprechung mit einer Kommission des Maschinenbesitzervereins eingeladen, sonderbarerweise durch einen Vertreter der Jurisch-Industrie. Die „Jurische“ hat seit der Lohnbewegung auf dem Plan erschienen, um nach Art der Reichsleiterer Mitglieder für ihre Gewerkschaft zu gewinnen, mit dem Erfolge, daß sie heute im ganzen Vogtlande ein ganzes Bänderbündel Sticker zu ihren Mitgliedern zählen. Sie haben nun selbständig einen Tarif ausgearbeitet und den Unternehmern unterbreitet. Eine Antwort haben sie jedoch von den Unternehmern bisher nicht erhalten. Jetzt, wo sie nun sehen, daß der Deutsche Zeitilarbeiterverband Erfolge hat, kommen die Arbeiterzersplitterer und wollen „gemeinschaftlich“ mit an den Verhandlungen teilnehmen, um schließlich von ihren „großen Erfolgen“ in der Stickerlohnbewegung reden zu können. Die Vertreter des Zeitilarbeiterverbandes haben eine Verhandlung mit den Jurischen abgelehnt, weil sie mit ihren wenigen Mitgliedern gegenüber den 8500 Stickers nicht in Frage kommen können.

Ausland.

Das freie Entlassungsrecht der Arbeitgeber.

Das schwedische Unternehmertum hat in den letzten Jahren bei Abschluß von Tarifverträgen stets danach getrachtet und es zum Teil auch erreicht, daß in die Verträge ein Passus aufgenommen wurde, der besagt, daß der Arbeitgeber das Recht hat, die Arbeit zu leiten und zu verteilen, und Arbeiter, ob organisierte oder unorganisierte, nach freiem Ermessen einzustellen und zu entlassen. An anderer Stelle besagen die Verträge allerdings, daß das Vereinigungsrecht auf beiden Seiten nicht verlegt werden darf, und daß die Arbeiter bei Entlassungen, die dagegen verstoßen, ihr Recht wahren können. Begünstigt durch die Wirtschaftskrise haben jedoch die Arbeitgeber jene Entlassungsfreiheit vielfach ausgenutzt, um die Arbeiterorganisation zu schädigen, haben Vertrauensmänner entlassen, durch schwarze Listen und dergleichen Mittel agitatorisch tätige Arbeiter von der Beschäftigung auszuschließen gesucht. Das hat natürlich große Erbitterung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen, und dem verflochtenen schwedischen Gewerkschaftslohnrecht lagen denn auch mehrere Anträge vor, die teils eine Abänderung, teils die Veseitigung jenes Tarifvertragsparagrafen verlangten. Ein Antrag ging dahin, durch Abstimmung über eine allgemeine Arbeitsniederlegung zur Veseitigung des Paragrafen zu entscheiden. Der Kongreß nahm jedoch auf Vorschlag des Landessekretariats eine Resolution an, in der nach ausführlicher Darlegung der Verhältnisse ausgesprochen wird, daß, so großen Sturm und Unwillen auch das Verhalten der Arbeitgeber in dieser Sache hervorgerufen hat, die Arbeiter deswegen nicht durch Kriegserklärung einen Kampf um Prinzipien eröffnen sollten. Der von den Arbeitgebern entstellte Prinzipienstreit werde sicherlich klares Licht über die wahren Verhältnisse der Arbeitgeber verbreiten, aber die Arbeiterorganisationen sollten sich nicht zu Partikularen an dieser Zeitlich machen. Dem Landessekretariat und den übrigen Arbeitervertretern bei zukünftigen Tarifverhandlungen gibt die Resolution die Anweisung, darauf zu achten, daß in die Tarifverträge Bestimmungen aufgenommen werden, die eine ungerechte und unrichtige Ausnützung eines das Einstellungs- und Entlassungsrecht betreffenden Paragrafen unmöglich machen. Gegen jede Entlassung, die als ein Angriff auf das Vereinigungsrecht erscheint, soll im übrigen Klage erhoben werden an den maßgebenden Stellen, um dem Recht Geltung zu verschaffen. — Inzwischen meldet „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“, daß der Vorsitzende v. Sydow der Schwedischen Arbeitgebervereingung einem Interview gegenüber erklärt hat, daß man auf Seiten der Arbeitgeber keiner Veränderung der erwähnten Bestimmungen zustimmen werde. — Mit der Zeit werden die Herren sich das jedenfalls noch überlegen.

Auf dem Jahreskongreß der American Federation of Labor hatten auch die sozialistischen Delegierten wieder, wie in früheren Jahren schon, eine Resolution vorgelegt, in welcher erklärt wurde, daß die Produktions- und Verteilungsmittel Gemeinbesitz des ganzen Volkes sein sollten. Dieselbe Resolution war im Januar d. J. auf dem Kongreß der vereinigten Bergarbeiter von America angenommen worden, und die Sozialisten wollten eine Beratung darüber auch auf dem Kongreß des amerikanischen Arbeiterbundes veranlassen. Als das Komitee, dem der Antrag überwiesen worden war, erklärte, daß es bereit sei, darüber Bericht zu erstatten, zogen die Sozialisten die Resolution zurück. Ihr Vorsitzender erklärte, daß seine Genossen sehr erfreut sein würden, wenn eine Diskussion über die angeregten Fragen stattfinden könnte, aber in Anbetracht der Krise, welche die organisierte Arbeiterschaft jetzt durchmachen muß, halten es die Sozialisten für unklug, irgend etwas zu tun, das als ein Mangel an Solidarität in der Arbeiterbewegung aufgefaßt werden kann. Ganz gleich, was für verschiedene Ansichten die organisierten Arbeiter über ökonomische Fragen haben, wir stehen in derselben Reihe im Kampfe gegen diese infamen Verleumdungen, die unsere Brüder ins Gefängnis schicken. — Mit stürmischem Beifall wurde diese Erklärung angenommen. Die Delegierten waren in allen Fragen, die Unterlegung ihrer Führer gegen die ergangenen Gerichts-urteile betreffend, einmütig. Die auch vom „Vorwärts“ gebrachte Meldung, daß Comper das doppelte Gehalt bewilligt wurde, falls er ins Gefängnis gehen sollte, ist unrichtig. Der folgende Antrag lag dem Kongreß vor: „Wenn unsere Brüder Comper, Mitchell und Morrison gezwungen werden sollten, ins Gefängnis zu gehen, so empfehlen wir, daß Comper und Morrison ihr volles Gehalt erhalten und Vizepräsident Mitchell genau so entschädigt werden soll, wie für die Teilnahme an den Sitzungen der Federation.“ — Ein Delegierter erklärte unter großem Beifall: „Da diese Leute für dieselbe Sache ins Gefängnis gehen sollen, müßten sie auch alle dasselbe Gehalt erhalten.“ Als der Vorsitzende fragte: „Was für ein Gehalt?“, wurde ihm geantwortet: „Das höchste, das einem von den dreien gezahlt wird.“ Dafür entschieden sich sofort die Delegierten durch Erheben von den Sigen.

John Mitchell betrachtet die Situation sehr optimistisch; er glaubt, daß durch eine weitere Befestigung das Recht auf den Vorkongreß garantiert werden wird; der Arbeiterbund habe bereits um Amendement zu den jetzigen Gesetzen ersucht, um den gewünschten Schutz zu erhalten.

Der Kongreß wurde am 21. November geschlossen. Der nächste Kongreß soll in St. Louis stattfinden.

Comper hat zum 13. Dezember, entsprechend einem Beschlusse des Kongresses, eine Konferenz der Führer aller dem Arbeiterbund angeschlossenen Gewerkschaftsverbände nach Pittsburgh einberufen. Ueber den Kampf gegen den Stahlkreuz soll

in der Konferenz verhandelt werden. Es gilt, Mittel und Wege zu finden, um diesen Feind aller Organisation der Arbeiter wirksam zu belämpfen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Porto Rico.

Neben der Gewerkschaftsbewegung auf der durch ihren Kaffeebau berühmten Insel Porto Rico, die seit zwölf Jahren den Vereinigten Staaten angehört, wurde dem verflochtenen amerikanischen Gewerkschaftslohnrecht ein interessanter Bericht erstattet. Trotzdem 85 Proz. der Bevölkerung, natürlich infolge der bisherigen Herrschaft der monarchisch-liberalen Partei, weder lesen noch schreiben können und trotzdem besonders hier gegen die Arbeiter noch mit den brutalsten Repressivmitteln vorgegangen und dabei auch von den Unternehmern mit Schuß- und Schlagwaffen in einer Weise verfahren wird, die an die alte Zeit der Sklaverei erinnert, ist es dennoch gelungen, der gewerkschaftlichen Bewegung Eingang zu verschaffen. Der amerikanische Gewerkschaftsbund unterhält seit 1901 einen besonderen Vertreter auf der Insel, der berichten konnte, daß seitdem insgesamt 267 Gewerkschaften oder Filialen mit einer Mitgliederzahl von 11 000 gegründet wurden, von denen aber nur 120 mit 6500 Mitgliedern zurzeit noch bestehen, davon ein großer Teil Landarbeiter auf den Plantagen. 99 von diesen 120 Gewerkschaftsgruppen beantworteten einen Fragebogen, aus dem hervorging, daß sie 5844 Mitglieder zählten. Dieselben zählten seit ihrem meist sehr kurzen Bestehen fast 80 000 M. Unterhaltungen aus, davon für Gemahrgelte etwa 12 000 M., für Streiks etwa 25 000 M., an Krankengeld etwa 42 000 M., an Sterbegeld etwa 10 000 M. Der Gesamtvermögenbestand belief sich auf etwa 70 000 M. Diese Gewerkschaften gehören sämtlich dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde an.

Soziales.

Wie eine Aufsichtsbehörde eine Kasse schädigt.

hat das Verhalten der Aufsichtsbehörde der Remscheid-Ortskrankenkasse gezeigt. Die ungelegliche Abhebung des Kassens vorstandes ist noch im Gedächtnis unserer Leser. Das schädigende Eingreifen der Aufsichtsbehörde in die Selbstverwaltung der gut geleiteten Kasse zeigte sich dann bei der Veruntreuung von 14 725 M. durch den von ihr hochgehaltenen Rentanten Köttger. Der Schädigung die Krone legt aber ein Verhalten der Aufsichtsbehörde auf, aber das in der Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse zu Remscheid berichtet wurde. Köttger hatte 5000 M. Kaution hinterlegt. Er erklärte sich damit einverstanden, daß diese Summe zur Deckung eines Zeils der von ihm unterflossenen der Remscheid-Oberbürgermeister der Auszahlung. Hoffentlich klärt die Kasse nun abwärts gegen die Gemeindebehörde, um zu ihrem Recht zu gelangen.

Verfassungen.

Der Zentralverband der Stukkateure, Filiale Berlin, erklärte sich in einer außerordentlichen Generalversammlung, die am Montagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, für den Vorschlag der Ortsverwaltung, einen zweiten Beamten fest anzustellen. Die Verbandsgeschäfte haben sich schon seit langer Zeit so gehäuft, daß eine Hilfskraft notwendig war, besonders für die Kautenkontrolle. Ein zweiter Vorschlag der Ortsverwaltung, den Mitgliedsbeitrag pro Woche um 10 Pf. zu erhöhen, also von 80 auf 90 Pf., wurde abgelehnt. Dagegen fand ein anderer Antrag, die Wochenbeiträge um 5 Pf. zu erhöhen, die Zustimmung der Versammelten.

Der Vorsitzende Dietrich gab einen allgemeinen Situationsbericht, in welchem er hervorhob, daß die Lage im Beruf sich in der letzten Zeit sehr gebessert habe. Im ersten Quartal dieses Jahres zählte der Verband noch über 350 Arbeitslose, bald aber begann überall eine rege Tätigkeit im Beruf und es sei zu erwarten, daß sich dieselbe noch steigern werde. Dietrich erklärte, daß der Verband den Kampf um den Arbeitsnachweis mit aller Energie führen müsse, denn die Unternehmer, die seit Oktober eine Pfandkammer gegründet haben, versuchen den Arbeitsnachweis ganz unter ihre Kontrolle zu bringen. — Vom Vorstand wurde bekannt gemacht, daß der Berufscollegie Julius Warden als Gewerbegerichtsbeisitzer zur Wahl in Schöneberg aufgestellt sei; die Versammelten erklärten sich damit einverstanden.

Aus den Neuwahlen gingen folgende Funktionäre hervor: 1. Vorsitzender Wiltz, Bengels, 2. Vorsitzender Herrm. Radtke, 1. Kassierer Aug. Dieterich, 2. Kassierer Heint. Sohrauer, 1. Schriftführer Max Fuchs, 2. Schriftführer Anton Leuthold, 1. Revisor Karl Schedt, 2. Revisor Max Klaus, 1. Beisitzer Joh. Schnell und 2. Beisitzer Linke. Als Vertreter zur Gewerkschaftskommission wurden der erste und zweite Vorsitzende bestimmt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Explosionskatastrophe in Hamburg.

Hamburg, 8. Dezember. Der Monteur Friedrich Scheika aus Berlin, einer von den bei der Explosion der Gasometer-Schwerverletzten ist heute nachmittag gestorben; die Zahl der bisher festgestellten Toten beträgt nunmehr vierzehn. Das Befinden von vier Schwerverletzten ist hoffnungslos. Bei der Katastrophe sind 142 000 Kubikmeter Gas verloren gegangen. Einer noch größeren Ausdehnung des Unglücks haben die bei den Retorten angestellten Arbeiter dadurch vorgebeugt, daß sie, wie schon unter „Bermischtes“ berichtet, gleich nach der ersten Explosion trotz großer Lebensgefahr die Defen aufrissen. Der Mangel an Gas macht sich in den Betrieben und noch mehr in den Wohnungen bemerkbar.

Der neue Gasometer, der größte des Kontinents, wurde vor 14 Tagen einer Probe unterworfen, die aber nicht zur Zufriedenheit ausfiel, weshalb — nachdem man die Mängel abgestellt zu haben glaubte — am Dienstag eine weitere Sicherheits- und Dichtigkeitsprobe vorgenommen wurde. Der Riesenbehälter faßt eine Viertel Million Kubikmeter Gas.

Seit dem großen Hamburger Brand ist diese die größte Brandkatastrophe, die Hamburgs Mauern heimgesucht hat. Die Fachleute sind eifrig am Werk, um festzustellen, wen das Verschulden an dem Entweichen der Gase betrifft.

Das Urteil im Rainzer Betrugungsprozess.

Mainz, 8. Dezember. In der in Mainz viel Staub aufgewirbelten Betrugungsaffäre, bei der sich städtische Hallenmeister des Schlachthofes von Viehhändlern und Schlächtermeistern haben betheiligen lassen, wurde heute folgendes Urteil verkündet: zwei Hallenmeister wurden mit je 3 Monaten, zwei Hallenmeister mit je einem Monat Gefängnis bestraft, 4 der Angeklagten erhielten Geldstrafen bis zu 300 M.; die anderen wurden freigesprochen.

Eine Schiffskollision.

Gibraltar, 8. Dez. (B. L. B.) Der englische Kreuzer „Donegal“ stieß mit dem Dampfer „Malaga“ der Pull-Dinie zusammen und erhielt auf Steuerbordseite einen Riß von über 16 Fuß Länge. Der Kreuzer ist vor Anker gegangen.

Die Generalversammlungen der Berliner Wahlvereine.

Erster Wahlkreis.

Das Thema des Abends behandelte Genosse Hirsch, Redner beschränkt sich bei der Besprechung des neuen Entwurfs zu einem Gemeindeforschungsprogramm auf die Punkte, die die Meinungsverschiedenheiten und Debatten hervorrufen werden. Bei der Ausarbeitung des Programms mußte man beschränkt sein, im Einklang mit der Bremer Resolution zu bleiben, was natürlich nicht ausschließt, daß man in einzelnen Punkten doch abweicht. Selbstverständlich muß man an der Spitze unserer Forderungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Gemeinden stehen. Im Landtag hat die Fraktion einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Natürlich gilt die Forderung auch für Frauen. Heute sind die Gegner schon so weit zur Einsicht gebracht, daß auch teilweise Frauen Gemeindeforschungsrecht zugesprochen wird. Wir verlangen für sie aber das aktive und passive Wahlrecht. Frauen sind für Gemeindeforschungen ganz besonders geeignet. So in Armen- und Waisenkommissionen. In Schöneberg zum Beispiel waren Frauen, ohne Sozialdemokraten zu sein, in den Deputationen die einzigen, die für die sozialdemokratischen Anträge stimmten. Die Frauen haben sich bisher auf allen Gebieten der Gemeindeforschung gut bewährt. Redner geht sodann auf die Frage ein: Wie soll die Verfassung der Gemeinde sein? Diese Frage ist sehr wichtig. Wir haben Stadtverordnetenversammlungen, deren Beschlüsse keinen Wert besitzen, wenn sie der Magistrat nicht genehmigen will. Wir brauchen aber keinen Magistrat in seiner jetzigen Form, wir wollen nur Beamte, die die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen auszuführen haben. So verlangt es das demokratische Prinzip. Es kann dahin geändert werden, daß die von der Bürgerschaft gewählten Stadtverordneten aus ihrer Mitte sich den Magistrat ernennen. Wir verlangen ferner, das Bestätigungsrecht beiseite zu lassen. Auch in dem heutigen Steuersystem muß eine Änderung eintreten. Einkommensteuergesetze müssen progressiv gestaltet werden können. Jetzt trifft der Zuschlag alle gleich. Die Gemeinde soll aber das Recht haben, den Zuschlag je nach dem Einkommen des einzelnen festzusetzen. Wir wollen auch noch Zuschläge zur Vermögenssteuer. Bezüglich der Gewerbesteuer sind wir der Meinung, daß eine solche nicht erhoben werden soll. Das ist unser Prinzip. In kleinen Gemeinden erklären unsere Genossen, sie lebten nur von dieser Steuer. Wir aber erklären, daß sie abgeschafft werden muß, daß sie eine Ungerechtigkeit darstellt. Eine Wertzuwachssteuer auf Grundstücke, bei deren Wertsteigerung kein Stand so viel Vorteile habe wie die Grundbesitzer, die den Wertzuwachs nicht der eigenen Arbeit verdanken, sondern nur der allgemeinen Entwicklung, verstößt dagegen nicht gegen unsere Grundsätze. Bei der Frage, wer Träger der Schullasten sein soll, stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Staat die Kosten zu tragen hat. Nun heißt es, er werde dann auch bestimmen wollen in Schulfragen. Mehr als heute kann er aber auch nachher nicht bestimmen. Bei der Vergebung städtischer Arbeiten schlägt die Kommission vor, nur solche Arbeitgeber damit zu betrauen, die die tarifmäßigen Löhne zahlen. Ohne ein freies Wahlrecht sind wirklich vollständige Reformen in der Verwaltung nicht möglich. Die Demonstrationen auf der Straße haben nach Ansicht des Redners viel gewirkt. Zum erstenmal seit 48 war für eine politische Forderung in den Straßen Berlins Blut geflossen. Das mögen die Genossen bedenken, stehen es noch nicht schnell genug. Man soll auch überlegen, ob wir uns immer in großen Versammlungen über unsere Zukunftspläne in die Karten sehen lassen sollen. Mit Steuer- und Mietverweigerung können wir nichts erreichen; die Vorschläge sind undurchführbar. Der Generalratrat könne in Erwägung gezogen werden; vom grünen Tisch aus lassen sich solche Fragen aber nicht lösen. Wir sollen mehr handeln und weniger reden. Bei dem Kampfe ums Wahlrecht blüht ganz Deutschland, ja alle Welt auf uns. Deshalb müssen wir unermüdet dafür kämpfen.

Dem Vortrage folgte eine kurze

Diskussion.

an der sich Guttman, Baumeister, Wobbe und Pasnik beteiligten und in der wesentliche Einwände gegen die Ausführungen des Referenten nicht zutage traten. Der Vorsitzende Walderski gab bekannt, daß die Kreisversammlung einen Delegierten zum Preußentag bestimmt hat und hierzu den Genossen Stolzenberg in Vorschlag bringt. Die Versammlung stimmte für Stolzenberg. Zwei Anträge der Kreisversammlung wurden angenommen. 1. Die Wahl der Delegierten zum Preußentag erfolgt nach Maßgabe der Mitgliedschaft

Kleines feuilleton.

Die Verschickung nach Sibirien. Die russische Regierung liegt seit einigen Jahren besonders mit dem Verzeßstand dauernd in den Haaren. Vor allem ist es die Wirogoff-Verzögerung in den Wostok, die der Regierung geradezu ein Dorn im Auge ist und der mit allen möglichen Mitteln verfolgt wird. Diese Gesellschaft gab eine Zeitschrift heraus, deren Inhalt wegen seines Freimutis dem herrschenden Regime höchst unangenehm war. Da man in solchen Fällen in Russland möglichst kurzen Prozeß zu machen pflegt, so steckte man die beiden Redakteure der Zeitschrift ein und verbot das Erscheinen dieses Organs. Der Prozeß sollte diesmal aber doch nicht so ganz kurz, auch nicht einmal erfolgreich für die Regierung ablaufen, denn er endete mit dem Freispruch der beiden Angeklagten, und noch dazu vor dem Bezirksgericht, bei dem keine Geschworenen mitsprechen. Den Anlaß zur Einleitung des gerichtlichen Verfahrens hatte ein Aufsatz von Dr. Jakobowitsch gegeben, der „das politische Deportationswesen in familiärer Beziehung“ erörtert hatte. Ueber den Inhalt der in diesem Aufsatz enthaltenen schweren Vorwürfe gegen das Verzeßsystem sprach sich Dr. Dorozevich aus Wostok in einem Brief an die „Menschener Medizinische Wochenchrift“. Die Wirogoff-Gesellschaft hatte, was selbstverständlich den höchsten Zorn der Regierung erregte, nicht nur sich herausgenommen, einen Fragebogen an vertrauenswürdige und namhafte Personen zu versenden, die eigene Erfahrungen mit der Verschickung nach Sibirien gemacht hatten. Die von 24 Personen eingegangenen Antworten wurden dann veröffentlicht und haben, wie es ja nicht anders zu erwarten war, haarsträubende Dinge zutage gefördert, die manches Reue und Ueberraschende enthielten. Dazu sei der Umstand, daß einer von diesen 24 nur „aus Versehen“ verschickt war, noch nicht einmal gerechnet. Dieser Mann hatte drei Monate in dem gästlichen Sibirien verbracht, ehe man ihn zurückkommen ließ. Stärker hervorzuheben ist die bei jenem Prozeß vor Gericht bezogene Tatsache, daß überhaupt viele unter den Verschickten keine Ahnung davon haben, weshalb sie in dieser Weise bestraft werden. So waren dem jene 24 nur auf dem Verwaltungswege, ohne gerichtliches Urteil, verschickt, und als ärztlicher Grund wurde der ausgezeichnete erkrankte Begriff „politische Unzuverlässigkeit“ angegeben. Das ist nur das Verzeß, das eigentlich Wichtige besteht in der Aufhebung der sanitären Verhältnisse der Verschickung. Daß die Zwangswohnorte klimatisch fast immer höchst ungünstig ausfallen, im Winter von tiefem Schnee und heftiger Kälte, im Frühjahr von Ueberschwemmung und im Sommer von Fieber heimgeheftet werden, muß auch noch zu den bekannten Dingen gerechnet werden. Fast noch schlimmer aber ist die durch die Verweigerung fast jeder Fürsorge ausgeübte geistige Folter.

der einzelnen Reichstagswahlkreise. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder 1 Delegierter, bis 3000 2, bis 6000 3, bis 12000 4, bis 18000 5 und über 18000 6 Delegierte. Der zweite Antrag will eine Zentralfstelle für Materialsammlung, mit dem unsere Genossen in den Gemeinden unterstützt werden sollen. Ferner der sozialdemokratischen Gemeindeforschern auf Erfuchen über praktische und prinzipielle Spezialfragen auf dem Gebiete des Kommunalwesens Auskunft zu erteilen. Dem stimmt die Versammlung zu. Desgleichen dem Antrage des Genossen Dr. Cohn, in Berlin eine Zentralfstelle für die Bekämpfung rechtswidriger Maßregeln der Verwaltungsbehörden zu errichten. Dem Antrage liegt eine schriftliche Begründung bei.

Zweiter Wahlkreis.

In der zahlreich besuchten Generalversammlung des 2. Wahlkreises, die im Saale der Vorkauerer am Tempelhofer Berg tagte, hielt Genosse Klüß das Referat zum preussischen Parteitag.

Aus dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses hob der Redner besonders hervor, daß noch immer ein starkes Mißverhältnis zwischen der Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler und der der organisierten Genossen besteht, namentlich in Berlin, das mit seinen 21,2 Proz. selbst von der Provinz Hannover mit ihren 24,4 Proz. organisierter Genossen, und noch viel mehr von Schleswig-Holstein mit seinen 32,5 Proz. übertroffen wird. Die Genossen von Berlin mühten sich noch viel mehr als bisher für die Stärkung der Parteiorganisation an. Uebrigens sei es bedauerlich, daß der Bericht nicht früher erschienen sei und daß der Bericht der Landtagsfraktion überhaupt noch nicht vorliege. Die allerwichtigste Frage auf dem Preußentag sei die Wahlrechtsfrage und sie werde es auch bleiben, bis wir das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht erlangen haben. Der Redner ging sodann auf das Kommunalprogramm ein und schlug hierzu verschiedene teils reaktive, teils wesentliche Änderungen und Ergänzungen vor. So die, daß es im einleitenden Satz zu den Forderungen an die Gesetzgebung nicht heißen soll: „die Vertreter“, sondern „die Partei“ fordert; daß an den Forderungen zum Wahlrecht eine Bestimmung über zwei jährige Gültigkeit der Mandate angefügt werde, daß eine Bestimmung über die Gültigkeit der Beschlüsse der Gemeindevertretung durch einfache Mehrheit aufgenommen werde und daß man ferner die Uebernahme der Armenlasten durch den Staat als Forderung in das Programm aufnehmen solle. Beim zweiten Teil des Programms wandte der Redner sich namentlich gegen die Umschiffung. Sie sei wesentlich verdrängend von der Wertzuwachssteuer, führe zur Verteuerung der Mieten und sei deshalb nicht zu empfehlen. Zur Forderung des allgemeinen Fortbildungsschulunterrichts schlug der Redner vor, unter den jungen Leuten, für die der Unterricht obligatorisch sein soll, auch die Dienstboten anzuführen, und u. a. zu den Forderungen über das Begräbniswesen wünschte er die Uebernahme der Friedhöfe durch die Gemeinden besonders angeführt zu sehen. Zum Schluß betonte der Redner, daß jetzt der politische Geist unter der Arbeiterschaft erfreulicherweise wieder viel lebendiger geworden ist, wie ja die Wahlerfolge der letzten Zeit zeigten, und hob nochmals die Notwendigkeit der unermüdeten Agitation und des Wahlrechtskampfes hervor.

Seine Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zum Kommunalprogramm hatte der Referent als Anträge dem Bureau der Versammlung übergeben. Da sie jedoch erst jetzt eingereicht worden waren und auch dem Vorstand nicht zur Beratung vorgelegen hatten, konnten sie nur zur Verhandlung und Abstimmung kommen, wenn die Versammlung sie für dringlich erklärte. Das lehnte die Versammlung ab.

Zur

Diskussion

sprach der Stadtverordnete Genosse Ewald. Er erklärte sich in der Frage der Verstaatlichung der Armenlasten mit dem Referenten durchaus einverstanden und zeigte an praktischen Erfahrungen aus der Armenpflege Berlins, wie notwendig diese Forderung an sich ist. Ebenfalls im Sinne des Referenten äußerte der Redner sich über die Umschiffung auf Gebäude und Grundstücke. Es sei notwendig, daß diese Frage in einer besonderen Versammlung einmal gründlich erörtert werde, damit die Parteigenossen sich darüber klar werden könnten.

Genosse Fierabend wies auf die Schwierigkeiten hin, die der Agitation besonders in Berlin infolge des starken Zugewisses unzufriedener Proletarier entgegenstehen. Ein Grund des Unzufrieden-

Es gibt einen Verbannungsort im Gouvernement Jakutsk, wozu im Winter einmal monatlich Post gefahrt, im ganzen Sommer aber überhaupt nicht — also eine Art von geistigem Begräbnis, und das nur für „politisch Unzuverlässige“. Der Transport nach den Verbannungsorten geschieht unter Umständen, die jeder Forderung der Gesundheitspflege Hohn sprechen. Die Ernährung ist unzureichend und schlecht, die Eisenbahnwagen sind von ältester Konstruktion und stets überfüllt, noch schlimmer die Dampfer, am schlimmsten die Stuppen-Bekanntnisse. Einer der Erwähnten, die doch zu der geistigen Elite Russlands gehörten, hatte sich auf einem Wege von 1000 Kilometern nicht ein einziges Mal waschen können, nicht ein einziges Mal die Wäsche gewechselt. In welcher Weise die Verbannenen an ihren Verbannungsort untergebracht werden, kann man sich danach schon ungefähr denken. Sie erhalten von der Regierung ein Monatsgeld, das im Durchschnitt 12—16 R. beträgt, womit sie „auskommen“ müssen. Einen Arzt bekommen sie in den meisten Fällen nie zu sehen. Endlich: Auf dem Friedhofe für Verbannene in Kolyma ist nicht ein einziges Grab, das nicht einen Selbstmörder birgt.

Eine alte Schädelammlung. Vor etwa 200 Jahren wurde in einer englischen Kirche in der Grafschaft Northampton eine skrypta entdeckt, aus der eine große Zahl von menschlichen Schädeln und anderer Reste zutage gefördert wurde. Erst jetzt hat sich ein Gelehrter, Dr. Parsons, mit diesem Funde beschäftigt, der die Aufmerksamkeit der Forscher deshalb verdient, weil das Alter der Schädel auf 8—900 Jahre angenommen werden kann und weil sich außerdem ihre Zahl auf 5—6000 beläuft. Es war infolgedessen Gelegenheit zur Untersuchung geboten, ob sich die Schädelform der dortigen Bevölkerung während der letzten Jahrtausende verändert hat. Nach den Ergebnissen seiner Messungen, die Parsons im Anthropologischen Institut vorgelegt hat, ist dies nicht der Fall, sondern die Schädel können ebenso gut von Leuten stammen, die erst vor einem Jahre gestorben wären. Dies beweist wieder die außerordentlich langsame Veränderlichkeit des Menschenkörpers im Laufe der Zeiten.

Theater.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus: „Der Ehrenrat“. Von Georg v. Florell. Der Verfasser vertritt in diesem seinem Erstlingsstück eine intime Kenntnis der Lebensgewohnheiten und geistigen Anschauung des preussischen Offiziersstandes. Vielleicht hat er selbst mal den „dornenkrönigen“ Dost geirret? Man erfährt da, wie lausbubenhaft sich oft die Herren Leutnants in diesem höheren Chorgesang zu benehmen scheinen. Saloppe Umgangformen, klobiger Schmauz, trieblicher Geist usw. — Dinge übrigens, die aus unzähligen Soldatenmishandlungs-Prozessen hinlänglich bekannt sein dürften. Florell demonstriert gegen den Duelleusflug. Nicht der „Blutschmeißer“ Ehrenrat, wohl aber die Liebe mit obligater Verlobung könne ihn beseitigen. Auf diesen Ton ist

ganden Erfolges der Agitation liege auch darin, daß der „Vorwärts“ so oft genötigt sei, auf von anderen Blättern eingeleitete Polemiken einzugehen in langen Artikeln, die für Reklame schwer zu verstehen seien. Habe man einen neuen Abonnenten gewonnen und anderen Tags komme ein solcher Artikel, vielleicht ausgerechnet vom Genossen Bernstein, so wirke das abstoßend. Er, Redner, sei nicht so sehr gegen den Revisionismus, wie er z. B. vom verstorbenen Genossen Auer vertreten worden sei. Wenn aber der Revisionismus als geschlossene Phalanx aufträte, sei er schädlich für die Partei. Der Redner sprach sodann namentlich über den Wahlrechtskampf, hielt die Steuervertweigerung nicht für durchführbar, weil dann der Arbeitgeber dem Arbeiter einfach die Steuerquittung als Lohn in Zahlung geben würde, und meinte, daß, um so großartige Kampfmittel wie einen Wahlrechtskampf durchzuführen, noch für eine weit härtere Organisation des Proletariats gesorgt werden müsse. Ferner müsse auch das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft noch inniger gestaltet werden.

Da sich weitere Diskussionen nicht meldeten, erließ nun der Referent das Schlusswort. Er regte hierbei unter anderem an, daß der „Vorwärts“ vielleicht wöchentlich einmal ein besonderes billiges Blatt herausgeben möge, um die Agitation mehr als bisher zu fördern und wies nochmals auf die Notwendigkeit unermüdeten Agitation für den Wahlrechtskampf hin. — Anträge zum Preußentag lagen weiter nicht vor.

Es wurde sodann eine Zahlkommission für die Delegiertenwahlen zum Preußentag gewählt. Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Wahl von zwei Mitgliedern zur Preßkommission. Es entstand dabei eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob und in welcher Weise die beiden bisherigen Preßkommissionsmitglieder, die ihr Amt niedergelegt hatten, Bericht über ihre Tätigkeit erstatten sollten. Der Punkt wurde schließlich auf die nächste Versammlung vertagt. Der Vorsitzende, Genosse Schwemke, erklärte, daß es ihm, da er für den Rest des Jahres jeden Abend und auch Sonntags in Anspruch genommen sei, nicht möglich sein werde, die Versammlung noch in diesem Jahre einzuberufen.

Als Delegierte zum Preußentag wurden die Genossen Frau Döring, Friß Grojche und Wilhelm Tanagermann gewählt, als Erfahmann Georg Nikolai.

Dritter Wahlkreis.

Der Wahlverein für den dritten Reichstagswahlkreis hatte seine Versammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Hier referierte der Genosse Grünwald. Er rügte eine Ueberstürzung der Tagesordnung des preussischen Parteitags und bezeichnete es auch als einen Mangel, daß der Bericht der Landtagsfraktion jetzt noch nicht vorliege. Man sei so auf die Zeitungsberichte angewiesen und auf das allgemeine Gefühl der Befriedigung. Aber für das, was im einzelnen zu besprechen wäre, fehle eine sachliche Unterlage. — Was die Schaffung eines preussischen Kommunalprogramms angehe, so könne ein solches Programm immer nur in großen Umrissen maßgebende Grundsätze aufstellen, innerlich deren ein gewisses Maß von Freiheit zur Veranschaulichung lokaler kommunalpolitischer Verhältnisse gelassen werden müsse. Daß ein spezifisches preussisches Kommunalprogramm absolut notwendig sei, wolle ihm nicht recht einleuchten; indessen, es schade auch nichts. Alle Anstrengungen, in der kommunalen Politik vorwärts zu kommen, würden nur in beschränktem Maße zu Erfolgen führen. Es werde nicht anders werden, bevor wir nicht in der preussischen Landespolitik vorwärts kämen. Nicht nur der Einfluß der preussischen Verwaltung auf die Kommunen sei ein großer, sondern auch der der Gesetzgebung. Was übrig bleibe für unsere Wirksamkeit in der Kommune, seien keine Fortschritte, die nur durch den Kompromiß in der Kommune erzielt werden könnten. Gewiß spränge so manche Verbesserung heraus und vieles, was schlecht sei, werde durch unser blohes Dasein verdrängt. Aber wirklich ernsthafte sozialpolitische Erfolge ließen sich derzeit nicht in den Kommunen erreichen. Die Gefahr sehe er im Gebiete der Städteordnungen, weniger in der Trennung zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat. Denn eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zustande gekommene freizeitlich gefonnene und energische Stadtverordnetenversammlung würde auch einen vernünftigen Magistrat erzielen. Die Gefahr liege wesentlich in dem kommunalen Wahlrecht.

Das wichtigste sei unfehlbar die preussische Wahlrechtsfrage. Es scheint, als seien wir im Hinblick auf die Kampfmittel zur Eringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an einen toten Punkt gelangt. Das klinge aus den Ver-

denn auch sein mit satirischen Bonmots gepicktes „Lustspiel“ gestimmt. Das läßt sich ja recht flott an und man könnte beinahe versucht sein, dem Verfasser eine glückliche Zukunft auf dem einflussreichen von Moser, Plumenthal-Kadelburg und anderen Spozhachern bevölkerten Barnack zu prophezeien — wenn er sich mit der dramatischen Technik besser vertraut machen und der Selbstigkeit resolut den Laufbah geben wolle. Ein anspruchsvolles Publikum zu unterhalten verfiel er schon jetzt und gemint wurde recht passabel, wiewohl das Offiziersdilemma nicht in allen Fällen für eine tadellose schauspielerische Leistung garantiert.

Notizen.

— Theaterchronik. Die Akademische Bühne hat von der Aufführung von Thomas Manns „Florenz“ Abstand genommen. Der Verfasser wird an Stelle der Aufführung am 9. Dezember, 1/2 Uhr, im Neuen Königlichen Opern-Theater eine Vorlesung aus eigenen Werken veranstalten. — Die Neue freie Volksbühne bringt am Sonntag nachmittag im Metropol-Theater „Die Kreuzschreiber“ von Angenruber zur Aufführung.

— Musikchronik. Das nächste Sonntagskonzert im Schiller-Theater Charlottenburg findet am 12. Dezember, mittags 12 Uhr, statt und ist ausschließlich Johann Sebastian Bach gewidmet. Eintrittspreis 75 Pf. und 1 R. (einschl. Garderobe und Programm).

— Eine billige Schiller-Ausgabe. Die vom Schwabischen Schiller-Verein herausgegebene Ausgabe von Schillers Werken ist jetzt erschienen und gelangt für die im Groß-Berlin wohnenden Besteller in den Schiller-Theatern Berlin O. und Berlin-Charlottenburg zur Ausgabe. Der Preis beträgt, einschl. Porto, 1,25 R.

— Cooks Beweise. In Kopenhagen ist Cooks Privatsekretär Pondale eingetroffen mit den Papieren über Cooks Nordpolfahrt, die für die Universität bestimmt sind. Die Papiere wurden bei einer Bank deponiert. Das Material wird zwei Kommissionen zur Prüfung vorgelegt werden.

— Ein neuer Riese der Urzeit aufgefunden. Prof. Brown, der nach einer längeren Forschungs Expedition für das amerikanische Naturhistorische Museum jetzt nach New York zurückgekehrt ist, hat in Montana das Skelet einer bisher unbekanntem Art des Dinosauriers entdeckt, die Gebilde eines Ceratopsiers. Die versteinerten Reste lagen in einer geologischen Schicht, deren Alter die Gelehrten auf gegen drei Millionen Jahre schätzen. Der Fund umfaßt auch die Hüftknochen und den größten Teil der gewaltigen Wirbelsäule des Sauriers, dagegen fehlen Schädel und Vorderbeine. Das Skelet wird nach der Vergangung zusammengeleitet und nach im Laufe dieses Winters im Naturhistorischen Museum aufgestellt werden. Prof. Brown fand auch die Reste eines kleineren, bisher unbekanntem Sauriers.

Sammlungen in Frankfurt, in Breslau usw. Im Landtag hätten wir ohne Zweifel große, starke Reden und kraftvolle Worte gehört, und auch demonstriert hätten wir uns beliebt. Es sei aber doch das Gefühl da: Was soll nun weiter geschehen? Der erste Grund für das unsichere Gefühl der Genossen, daß man sich über den weiteren Weg nicht klar sei liege in der Tatsache, daß uns der Kampf ums preussische Wahlrecht auf ein ganz neues Gebiet stelle. Der andere Grund für jene Unsicherheit liege in der allgemeinen politischen Lage, die wir nicht beherrschen, sondern die uns beherrsche. Redner ließ sich darüber näher aus und fuhr dann fort: So sehr man auch anerkennen müsse, daß wir von der Politik der Gegner und der Regierung abhängig seien in der Wahl unserer Maßnahmen, so sehr erfordere die gleiche Situation auf der anderen Seite, daß wir eine möglichst ungewöhnliche und klare eigene Politik führten. Und diese glaubten viele Genossen bei den uns bevorstehenden Kämpfen nicht klar gegeben und gewährleistet. In dieser Beziehung bleibe in der Tat dem preussischen Parteitag eine große Aufgabe und eine unergiebliche Verantwortung. Denn es müsse befolgt werden, was dort beschlossen wird. Es handle sich um die tiefe Frage, wie wir die einzelnen Mittel im gegebenen Moment auszuwählen sollten, und um die weitere wichtige Frage, wie sollten wir die Mittel bei unjeren Intentionen durchzuführen. Und da stehen wir auf einem dilettantischen Prozeß. Wenn wir für den Wahlrechtskampf irgendein einzelnes Kampfmittel vorschlagen und durchführen, so werde dieses Kampfmittel sofort aus einem solchen der sozialdemokratischen Organisation zu einem Kampfmittel der ganzen abhängigen preussischen Bevölkerung, möge sie organisiert sein oder nicht. Darin liege ein Vorgang, der uns ein doppeltes Maß von Verantwortlichkeit auferlege, ein Vorgang, den wir nicht ganz in der Hand hätten. Die Gefahr, die darin liege, mühen wir uns gegenwärtig halten. Welche Mittel seien nun vorzuschlagen? Zuerst komme die Frage der Straßendemonstration in Betracht. In der Tat hätten wir durch Straßendemonstrationen große Erfolge erzielt. Wenn auch nichts Positives erreicht sei, so hätten wir doch erreicht, daß die große Masse des indifferenten Publikums Herpesch auf die Wahlrechtsfrage gelenkt hätten. Darüber herrsche kein Streit. Streik sei höchstens, wenn sie im einzelnen organisiert werden und wie sie vor sich gehen sollten. Aus seinen Erfahrungen heraus meinte er, daß sie viel geschlossener, viel bewusster in Zeit und Umständen organisiert werden müßten. Nicht nur, wann man auf die Straße gehe, müsse feststehen, sondern es sei auch für jeden Einzelnen festzulegen, wann er von der Straße zu gehen habe. Es solle sich ja nur darum handeln, zu demonstrieren. Auch sei die Situation präzis auszuwählen. So dürfe es nicht vorkommen, daß ein einzelner Kreis aus irgendeinem Anlaß auf eigene Faust eine Demonstration mache. Ein einheitlicher Zug müsse hineinkommen: „In großen Momenten groß wirken, aber in kleinen Dingen sich nicht unnötig aufregen!“ — Nun seien — wie ihm scheine, mit großem Recht — weitere Forderungen gestellt worden. So sei vorgeschlagen die systematisch anzubahnde und mit bewusster Absicht durchzuführende Arbeitseinstellung zu demonstrieren. Das sei, auch wenn man nur Deutschland im Auge habe, kein Experiment ins Blaue hinein. Ein Musterbeispiel solcher politischen Arbeitseinstellung hätten wir in Hamburg gehabt. Sie habe durch ihre Einseitigkeit und Geschlossenheit einen großen Eindruck hinterlassen. Den Gegnern sei bewiesen worden, welche hohe Maß von Energie und Kraftbetätigung, von eigenem Denken und eigenem Willen in der organisierten Arbeiterschaft ruhe. Wenn in diesem Sinne, bewußt und geschlossen, mit bestimmtem einheitlichem Anfang und Ende, in Preußen mit Arbeitseinstellungen vorgegangen würde, dann würden wir auch hier große erfreuliche Erfolge damit erzielen können. Natürlich falle kein Raum auf einen Streik. Aber: jeder Tropfen höhlt den Stein! Das heißt, ein ständiges Kraft- und zielbewusstes Arbeiten werde auch in Preußen dem Junkerbaum ins Stürzen bringen. Er hoffe, daß uns der preussische Parteitag für den Wahlrechtskampf die rechten Mittel geben werde. Preußig würden wir, bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau, den Kampf aufnehmen, um in die preussische Reaktionspolitik eine Wreife nach der anderen zu schlagen. Immer vorwärts — rückwärts nimmer. (Lebhafter Beifall.)

Diskussion:

Genosse Wehmann als erster Diskussionsredner sprach unter anderem zum Kommunalprogramm. Gerade für das flache Land, wo wir mehr Gemeindevorsteher hätten als Stadtverordnete in den Städten, sei vielfach nicht zu gebrauchen, was wir bisher Kommunalprogrammatisches hatten. Für die kleinen Gemeinden seien Ausführungsbestimmungen recht sehr erforderlich. Redner befragt dies mit den dort gemachten Erfahrungen. — Die Mittel, die Grunwald für den Kampf ums Wahlrecht vorschlug, müsse man sich überlegen. Der Vergleich mit Hamburg, wo die Masse über die Verschlechterung eines geübten Rechts besonders empört war, sei nicht zutreffend. Dann sei auch die Arbeiterschaft außerhalb der Großstädte ganz anders zu behandeln, und die wäre doch bei einem Demonstrationstreik für das preussische Wahlrecht zu beachten. Auch noch in gewerkschaftlicher Beziehung wäre es schmerz, die Frage so brennend aufzuwerfen. Wenn z. B. die Vergleiche, denen jetzt doch gewiß etwas zugemutet werde, daß sie empöre, die Macht hätten, dann würden sie sofort kommen und zum 1. Januar den Streik beschließen. Diese Macht hätten sie aber nicht. Was weiter die von Grunwald verlangte Reglementierung für Wahlrechtsdemonstrationen angehe, so meinte Redner, solche Demonstration müsse aus sich selbst herauswachsen. Dann aber sei sie nicht zu halten. Darin liege aber auch ihre Kraft. Gewiß müsse die Wahlrechtsfrage energisch propagiert werden und wir als organisiert Arbeiter könnten uns auch über alle Kampfsmittel unterhalten. Erwägen aber müsse man immer, ob das tausendfache Stund, was eventuell geschaffen werden könnte, auch durch den Erfolg aufgenommen werde. Er rief auf dem Standpunkt, daß durch die allgemeine Agitation für das Wahlrecht eine Kräftigung der Organisationen geschaffen werden müsse. Wenn wir die Mehrheit politisch organisiert hätten, bräuchten wir nicht mehr mit einem Halbtagstreik vorzugehen. Mit einem verurteilten Experiment könne man den ganzen Erfolg über den Saufen werfen. Er sage, wie Grunwald, daß wir unseren Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit Bewußtheit führen müßten; dazu gehöre noch lange Agitationsarbeit.

Genosse Wolfgang Heine teilte zunächst mit, daß Genosse Grunwald die Diskussion nicht abwarten könne, sondern noch in eine andere Versammlung gehen müsse. — Den Genossen des Landtags möge man es, meinte Redner, nicht überlassen, daß ihr Bericht noch nicht heraus sei. Sicher habe die aufgezwungene Landtagswahl und die Notwendigkeit, die Mandate von neuem zu erobern, die Arbeitskraft der Genossen sehr in Anspruch genommen. Kämpfe führen und liegen, sei immer wichtiger als über Götter berichten. Im übrigen sei ja allen in Erinnerung, wie trefflich die Genossen im Landtag unsere Sache wahrgenommen hätten. Wir müßten ihnen unseren Dank dafür aussprechen. — Das Preußenkomitee nahm Redner hinsichtlich der Tagesordnung in Schutz. Was Wehmann sage in bezug auf den Ausbau des Kommunalprogramms und die Anregung, eine kommunale Aushilfsstelle zu schaffen, erscheint ihm fruchtbar. — Die Wahlrechtsfrage sei selbstverständlich das Wichtigste. Daß man in der Wahlrechtsbewegung auf einen toten Punkt gelangt wäre, sei eine falsche Annahme. Wer allerdings glaube, mit der Proklamierung der Frage, mit den Versammlungen, Flugblättern und Demonstrationen Wunder zu wirken, der könne leicht zu solcher Meinung kommen. Zu Zerkow's Zeiten fielen zwar Mauer und unter dem Schalle der Posaunen, heute aber nicht mehr. Die große Masse der denkenden Parteigenossen hat sicher auch nicht damit gerechnet. Es sei gar kein Grund zum pessimismus vorhanden. Durch historische Darlegungen schäme Redner seinen Standpunkt. — Die Idee, daß es so nicht weitergehen könne mit dem Wahlrecht, daß die Herrschaft der Junker und die ganze unpraktische, ideallose und vom Erfolg nicht gesegnete Bürokratenherrschaft ein Unrecht sei, diese Idee

verbreite sich immer weiter. Das müsse gefördert werden. Deshalb sei es auch ganz richtig, auf dem Parteitag die preussische Verwaltung gebührend zu beleuchten. Redner tritt Wehmann darin bei, daß man in der Anwendung der Kampfsmittel sehr überlegt sein müsse. Daß man eine Straßendemonstration pünktlich abbrechen solle, sei leicht gesagt, aber nicht so leicht durchgeführt. Gerade bedrohe sei Vorsicht am Platze, weil man sonst die Verantwortung für Dinge übernehme, die wir nicht wollten. Dasselbe gelte vom Streik. Bei der immer noch anhaltenden wirtschaftlichen Depression wäre ein Versuch, durch einen zweitägigen Demonstrationstreik für das Wahlrecht einzutreten, sehr zu bedauern. Es würde ein Heißhieb sein. Die Hauptsache sei die Gewinnung großer Massen des Volkes. Nichts könne uns dazu besser helfen, als ein planmäßiges Hinarbeiten auf eine Wahlreform im Sinne der Sozialdemokratie. Die agitatorische Tätigkeit dürfe nicht ruhen. Immer von neuem müßten Versammlungen und Flugblätter sich damit befassen. Auch der preussische Parteitag werde die Frage wieder ins Land hinaustragen und uns vorwärts bringen. Die Verhältnisse seien günstig.

Genosse A. d. H. r. u. t. findet, daß die Rede Wehmanns einer Plauderei ähnele. Wenn auch für Preußen die Landdistrikte mit in Frage kämen, so müßten doch die großen Städte vorgehen. Er wolle ja nicht, daß unter allen Umständen ein Demonstrationstreik in Szene gesetzt werde. Aber es sei doch angebracht, daß der preussische Parteitag die Frage rechtlich überlege: Was nun? Man sei auf einen gewissen toten Punkt gelangt. Als seinerzeit die große Erregung herrschte, hätte der Aktionsausschuß eine Direktive geben müssen, die sie nicht verpuffen ließ. Gewiß müßten wir auch organisieren; aber die wählten, was sie wollten, müßten immer die anderen mit fortziehen.

Genosse Judis stimmte den Ausführungen Grunwalds zu. Nachdem Wehmann noch einmal seinen Standpunkt vertreten und Genosse Stallmann sich ihm angeschlossen hatte, wurde die Diskussion geschlossen.

Als Delegierte wurden die Genossen August Pohl, Karl Akt und Julius Riemer gewählt; zum Ersatzmann Genosse Paul Harndt.

In Stelle der aus dem Vorstand ausgeschiedenen Genossin Steinlopf wurde Genossin Rittig in den Vorstand gewählt.

Beisetzungen der Bezirksführern für die Sitzungen eine Entschädigung von 50 Pf. zu zahlen und zur Deckung dieser Kosten einen Extrabeitrag von 10 Pf. im Vierteljahr zu erheben.

Vierter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlkreises 4. Wahlkreises fand in Freyer's Feisalen, Koppentstraße, statt. Das Referat über den preussischen Parteitag hatte der Landtagsabgeordnete Genosse H. Borgmann übernommen. Redner besprach die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages. Bei dem zweiten Punkt, dem Bericht der Landtagsfraktion, machte er darauf aufmerksam, daß dieser Bericht sehr umfangreich sein werde, aber dies sei notwendig geworden, denn es liege jetzt, gleich zum erstenmal, so ungeheuer viel wertvolles Material vor, das zur Agitation im Lande Preußen nutzbar gemacht werden müsse. Der Bericht werde sicher auch die Kritik herausfordern, aber das schade nichts, er, Redner, heiße die Kritik willkommen. Als er auf das Kommunalprogramm zu sprechen kam, meinte er, daß mit dem Entwurf endlich einem erheblichen Mangel abgeholfen werden sollte, damit unsere Kommunalvertreter eine Richtschnur für ein einheitliches Handeln gewinnen; der Entwurf, an dem er selbst mitgearbeitet habe, solle durchaus nicht als unantastbar gelten; die Beratung durch den Parteitag werde das richtige treffen, damit der Sturm auf die Rathhäuser, den wir gerade in der letzten Zeit mit Freude beobachten konnten, die beste Unterstützung erfahre. Auf die Wahlrechtsfrage ging der Redner zuletzt und sehr ausführlich ein. Mehr als je müsse diese Frage in den Vordergrund gestellt werden. Sollte eine Reform des Wahlrechts zustande kommen, so müsse von unten herauf, von der breiten Masse der größten Druck ausgeht werden. Es handle sich nicht nur um eine Frage für die Genossen in Preußen; diese Angelegenheit sei von einem allgemeinen Interesse für die Genossen im Reich, denn die ganze deutsche Entwicklung werde gehemmt und gehindert durch das preussische Junkertum, dessen Macht gebrochen werden müsse.

Nach dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage brachte der Vorsitzende, Genosse Hoffmann, einige

Anträge

zur Beratung, von denen mehrere abgelehnt wurden.

Genosse Glah legte den folgenden Antrag vor: Der Parteitag möge beschließen, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die polnische Parteiorganisation und die Sozialdemokratie, und dazu einen polnischen Genossen als Referenten zu bestimmen.

Genosse Glah versprach sich viel Nützliches für die sozialistische Bewegung unter den Polen davon, wenn der Parteitag sich näher mit ihren besonderen Angelegenheiten beschäftigt. Eine weitere Diskussion fand über den Antrag nicht statt und die Versammlung gab ihre Zustimmung dazu.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, die

Wahl der Delegierten,

erklärte der Vorsitzende, daß der Wahlkreis sich in einer vorausgegangenen Generalversammlung für die Urabstimmung bei Delegiertenwahlen zu deutschen, preussischen und Provinzial-Parteitagen sowie zu den internationalen Kongressen entschieden habe. Die Aufgabe, die dem Vorstände zuteil wurde, ein Regulativ für die Urwahlen auszugeben, habe er erfüllt. Das Regulativ lag gedruckt vor und die Versammelten erklärten sich mit den getroffenen Bestimmungen einverstanden. Der Vorsitzende verlas darauf die Namen der Kandidaten, die in den Bezirken vorgeschlagen waren. Die Generalversammlung habe die Vorgesetzten nur zu bestätigen. Die Wahl findet am Sonntag, den 12. Dezember, statt. Das Nähere darüber wird im „Vorwärts“ bekanntgemacht. Es wird viertelstündig gewählt. Die Leitung der Wahl liegt in den Händen der Bezirksleitung. Das Regulativ enthält noch die folgenden Bestimmungen:

„In den Wahlen ist das Mitgliedsbuch mitzubringen und ist nur derjenige wahlberechtigt, der mit seinen Beiträgen nicht länger als drei Monate im Rückstande ist.“

Das Wahlergebnis ist von der Leitung in ein Protokoll einzutragen und von derselben zu unterzeichnen. Stimmzettel sowie Wahlprotokoll sind sofort in einem verschlossenen Briefumschlag an den Vorstand zu senden.

Der Vorstand hat das gesamte Resultat festzustellen und durch den „Vorwärts“ bekanntzugeben.

Bei der Wahl entscheidet einfache Mehrheit.

Als etwaige Ersatzmänner gelten diejenigen, die bei der Wahl ausgefallen sind und die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl sind innerhalb einer Woche, vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung an gerechnet, unter Angabe von Gründen beim Vorstand anzubringen, welcher in Gemeinschaft mit den Bezirksleitungen über dieselben entscheidet.

Wird eine Wahl für ungültig erklärt, so hat der Vorstand sofort eine Neuwahl anzuordnen.“

Am Schluß der Versammlung kamen noch einige interne Angelegenheiten zur Erörterung. Adolf Hoffmann richtete dann auch an die Mitglieder, die der freireligiösen Gemeinde angehören, das Ersuchen, am nächsten Freitag vollständig in der beschließenden Gemeindeversammlung bei Freyer zu erscheinen.

Fünfter Wahlkreis.

Der Sozialdemokratische Verein für den fünften Wahlkreis hielt seine Versammlung im alten Schützenhause ab. Ueber die Aufgaben des preussischen Parteitages referierte Genosse Wehmann. Ueber die beiden ersten Punkte der Tagesordnung des Parteitages: Geschäftsbericht der Kommission und der Landtagsfraktion könne er hinweggehen, da beide Berichte durch den „Vor-

worts“ veröffentlicht seien. Der Parteitag habe sich auch mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen, die wahrscheinlich zu lebhaften Debatten führen werde. Es werde die Frage erörtert werden, ob unsere Wahlrechtsdemonstrationen als erfolgreich angesehen werden könnten oder nicht. Er, der Redner, sei der Meinung, daß der Eindruck, den unsere Wahlrechtsdemonstrationen machten, ein überwältigender gewesen sei. Viele Genossen seien der Meinung, weil man noch keine Erfolge sehe, deshalb hätten die Demonstrationen nicht genügt. Doch nach diesem Maßstab dürfe man den Wert der Demonstrationen nicht beurteilen. Noch bilde die Herrschaft des Junkertums einen festen Ball gegen die Demokratisierung des Wahlrechts. Ehe es uns nicht gelinge, diese Stütze des Dreiklassenwahlrechts ins Wanken zu bringen, könnten wir nicht erwarten, daß uns Zugeständnisse in bezug auf unsere Wahlrechtsforderung gemacht werden. Man dürfe aber nicht glauben, daß unsere Wahlrechtsdemonstrationen keine Wirkung gehabt hätten. Habe doch unter dem Eindruck unserer Bewegung der preussische Ministerpräsident sich zu der Erklärung genötigt gesehen, daß eine Reform des Wahlrechts notwendig sei. Auch habe die Thronrede 1908 eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts in Aussicht gestellt. Allerdings könne man auf solche Erklärung nicht viel geben, und wie seien die letzten, welche Hoffnungen darauf setzen. Wissen wir doch, daß nur eine energische Fortsetzung des Wahlrechtskampfes und die Erfüllung unserer Forderung: Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Preußen bringen kann. Mit der Wahlrechtsfrage innig verbunden sei die ebenfalls auf der Tagesordnung des Parteitages stehende Forderung der Verwaltung in Preußen. Auch in der Verwaltung des Staates stehen wir überall auf dem Junkertum als Grundpfeiler der Rechtslosigkeit des Volkes. Auch hier gelte es, Mittel und Wege zu finden, wie der Herrschaft der Junker ein Ende gemacht und freie Bahn geschaffen werden könne für eine Staatsverwaltung, welche dem Interesse des Volkes diene. Eine wichtige Aufgabe auf kommunalem Gebiet habe der Parteitag zu lösen durch die Festschreibung eines einheitlichen Programms, welches unseren Genossen in den Gemeindevertretungen eine Richtschnur sei für ihre Tätigkeit. So werde der Parteitag Grundlagen schaffen für die praktische Arbeit unserer Parteigenossen. Doch dessen müßten wir stets eingedenk sein, daß unsere Arbeiten und unsere Kämpfe nur dann den gewünschten Erfolg bringen können, wenn eine starke Organisation der Parteigenossen das Vollwerk bilde, auf das wir uns im Kampfe gegen die Volksfeinde stützen können.

Der mit Beifall aufgenommene Vortrag gab keinen Anlaß zur Diskussion. — Anträge lagen nicht vor.

Als Delegierte wurden gewählt die Genossen Dolzabsci und die Genossen Rittig und Behle.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sechsten Wahlkreises tagte in den „Prachtalen Nord-West“ in der Bielefstraße. Das Referat hielt Genosse Ledebaur. Es ist jetzt wieder die Zeit gekommen, wo die Vertretung des preussischen Proletariats Stellung zu nehmen hat zum preussischen Abgeordnetenhaus, der gewählten Vertretung. Soviel sei sicher, daß von der gegenwärtigen Organisation des Landtages nicht die geringste auch noch so kleine Reform zu erwarten sei. Das preussische Proletariat hat alles aufgegeben, die nächstliegenden Mittel zunächst, um einen Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung Preußens zu gewinnen; und es ist ihm gelungen, sieben Abgeordnete in das Abgeordnetenhaus hineinzubringen. Daß es ihrer nicht mehr geworden sind, ist der Wirkung des preussischen Wahlsystems zuzuschreiben. Wäre nach dem für den Reichstag bestehenden Wahlsystem, das zwar auch noch Mängel aufzuweisen hat und unseren Anforderungen noch lange nicht entspricht, gewählt worden, so würde die Sozialdemokratie 36 Abgeordnete hineingebbracht haben. Man sollte nun meinen, daß die bürgerlichen Parteien, die an diesem Wahlsystem so festhalten, sich hüten würden, durch noch obendrein kleinliche Mittel uns unsere Erfolge streitig zu machen. Man hat uns aber trotzdem vier Mandate geraubt, wodurch unser Genosse Hoffmann, dessen faktische Neben den Herren so unangenehm in die Ohren klangen, wieder aus dem Landtage hinausgehört worden ist. Das ist das jüngste Ereignis in der preussischen Wahlrechtsbewegung, das uns anspornen sollte, mit um so größerem Eifer die Wahlrechtsbewegung zu betreiben. Der Parteitag müsse Aufklärung im Lande verschaffen und beraten, wie wir die Waffen anzuwenden können. Der Redner zeigte dann noch, daß das Verwaltungssystem in Preußen ein bürokratisches ist, d. h. die Entscheidung liegt in den Händen von Beamten, die nicht abhängig vom Volke sind. Der Einfluß des Landtages auf die ernannten Minister und Beamten geht nur soweit, als diese zu bestimmten Maßregeln die Zustimmung des Landtages einzuholen haben. Der Landtag kann aber nicht durch entscheidende Beschlüsse eingreifen. Ähnlich ist es im Kommunalwesen. Die Gemeindeverwaltung ist keine Selbstverwaltung, sondern eine bürokratische zweiter Ordnung. Die Ereignisse der letzten Zeit deuten auf einen Zusammenbruch hin; sie zeigen uns die Unfähigkeit der preussischen Bürokratie. Um eine Aenderung in diesem Zustande herbeizuführen, muß die Erhebung des gegenwärtig bestehenden Dreiklassenwahlsystems durch ein wirkliches volkstümliches Wahlsystem angestrebt werden. Auch die liberalen Parteien geben vor, daß sie wollen, aber was sie tun, beweist uns, daß sie es nicht wollen. In der Gemeinde, wo sie zur Vereinfachung des Dreiklassenwahlrechts die Macht besitzen, verlangen sie vollständig. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die ernstlich in die Wahlrechtsbewegung eingetreten ist. Die Bewegung intensiver zu gestalten, sie durch Straßendemonstrationen vorwärts zu bringen, ist unsere Aufgabe. Die Bewegung müsse sich zum politischen Massenstreik ausweiten. Dieser läßt sich nicht vorher beschließen, er muß aus der Bewegung herauswachsen. Durch die fortwährend sich steigernden Kämpfe sind die Massen zu schulen und zu organisieren, damit größere Macht der Sozialdemokratie gegeben wird.

In der

Diskussion

nimmt das Wort zunächst Genosse Weide: Er meint, die Agitation müsse in anderer Form betrieben werden, besonders unter dem ländlichen Proletariat. Ab und zu erheben die Landproletarier ein Flugblatt, auch einmal einen Kalender, sonst erklären sie nichts. Eine sich fortsteigernde Bewegung müsse in Angriff genommen werden. Redner empfiehlt der Versammlung folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammelten erwarten vom preussischen Parteitag, daß er mit aller Entschiedenheit für eine intensivere Agitation zur Erreichung des freien Wahlrechts eintritt und als leichtes Mittel hierzu auch den politischen Massenstreik ins Auge faßt.“

Fußl sagt: Der Parteitag wird nicht nur zu prüfen haben, ob die angewandten Mittel zur Förderung der Wahlrechtsbewegung genügt haben, sondern auch, ob sie auch der jetzigen Situation noch gewachsen sind. In der Wahlrechtsdemonstration haben wir ein Mittel gefunden, das geeignet ist, um ein ganzes Stück vorwärts zu bringen. Es hat dahin geführt, wie wir sehen können, daß sich unsere „Freunde“ von uns los gesagt haben und wir jetzt auch wissen, wo unsere Feinde sind. Die Freistimmigen haben nichts getan, um ihr eigenes Programm durchzuführen. Wir haben auch in Zukunft nicht auf sie zu rechnen. Wir müssen eben allein die Wreife in das Dreiklassenwahlrecht schlagen. Uns zu zeigen, wie dies möglich ist, ist die erste Aufgabe des Parteitages.

Nachdem noch Nilolei im selben Sinne gesprochen hatte, nahm Ledebaur das Schlusswort. Er wies darauf hin, daß der politische Massenstreik vom Parteitag wohl als Mittel mit ins Auge gefaßt werden könne; wir dürften ihn aber nicht etwa übermäßig proklamieren wollen. Wir dürfen uns keinem Zweifel hingeben, daß die Bewegung noch nicht zu der dazu erforderlichen Blut und dem Feuer gekommen sei. Um eine solche Wuchtentfaltung bewirken zu können, müssen wir erst noch ganz andere Erfolge erzielen als bisher. Wir müssen also erst noch mit allen Mitteln die Vorarbeiten betreiben.

Darauf wurde die Resolution angenommen. Ebenso ein vom Vorstand und der Kreisversammlung vorgelegter Antrag, den § 5 des Statuts zur Landesorganisation für Preußen in folgender Weise zu ändern:

Zur Teilnahme am preussischen Parteitag sind berechtigt: a) die Delegierten der Wahlkreise. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahlen und können gemäht werden in Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder 1 Delegierter, bis 3000; 2, bis 6000; 3, bis 12 000; 4, bis 18 000; 5 und über 18 000 Mitglieder 6 Delegierte. Wo mehrere Delegierte zu wählen sind, soll unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein. b) Die sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten Preußens. c) Die Landeskommission und der geschäftsführende Ausschuss. d) Der Parteivorstand.

Darauf wurde zur Wahl der Delegierten geschritten. Die von der Kreisversammlung vorgeschlagenen drei Genossen Hönisch, Lautant und Leid wurden einstimmig gewählt.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Henschel, noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht hatte, schloß er mit dem allgemeinen Schlußsatz: „Hoch die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie“ die Versammlung.

Aus Industrie und Handel.

27 375 170 M. Ueberführung.

Was hat die Krise auch den Abschluß der Aktien-G. Krupp in Essen beeinträchtigt, immerhin konnte aber doch noch ein Ueberführung von 27 375 170 M. ausgewiesen werden, oder rund eine Million Mark weniger als im Vorjahre; dafür waren jedoch auch 641 118 M. mehr für Abschreibungen verwendet worden. Diese beanspruchen nach dem vorigen Abschluß rund 10 1/2 Millionen Mark, diesmal über 17 Millionen Mark. Unter Einbeziehung des Vortrages stellt sich der Reingewinn für das letzte Jahr auf 17 622 268 M. (gegen 18 669 052 M. im Vorjahre). Die in gleicher Höhe wie im Vorjahre mit 8 Proz. festgesetzte Dividende absorbiert 1 400 000 M. Die Anlagewerte stehen zu Buch mit 198 812 825 M. (gegen 190 259 451 M. i. V.). Ferner sind benannt: Werkzeuge und Transportmittel mit 10 812 539 M. (i. V. 9 807 817 M.), Vorräte, halb und ganzfertige Waren mit 128 411 008 M. (114 754 578 M.), Patente und Lizenzen mit 889 615 M. (889 615 M.), Kasse, Bankguthaben und Wechsel mit 20 407 880 M. (12 943 415 M.), Wertpapiere und Beteiligungen mit 53 620 596 M. (52 795 325 M.), darunter sind 35,84 Millionen Mark (i. V. 33,27 Millionen Mark) festverzinsliche Wertpapiere. Die Guthaben bei den öffentlichen Sparkassen im Betrage von 4 401 168 M. (3 762 127 M.) dienen zur Deckung der Einlagen bei der Sparcassensicherung. Die sonstigen Debitoren belaufen sich auf 46 821 742 Mark (i. V. 44 807 618 M.), darin sind enthalten Guthaben für Lieferungen 33 089 918 M. (29 884 415 M.), Abschlagszahlungen an Bauunternehmer, Lieferanten usw. 6 692 847 M. (4 784 825 M.). Unter den Passiven figurieren Aktienkapital mit 150 000 000 M. (i. V. 150 000 000 M.), gesetzliche Rücklage mit 4 002 317 M. (3 677 900 M.), Sonderrücklage mit 12 000 000 M. (11 000 000 M.), begebene Anleihenbonds mit 58 451 800 M. (34 687 020 M.), von der Anleihe aus 1908 sind 25 Millionen Mark noch nicht begeben; ferner figurieren unter Passiven: Diskredere- und Garantiefonds mit 8 885 134 M. (8 884 046 M.), mit 5 Proz. verzinsliche Depositen von Werksangehörigen 33 811 163 M. (28 040 167 M.), erhaltene Anzahlungen auf Lieferungsgeheimnisse mit 101 585 670 M. (87 801 206 M.), sonstige Kreditoren und Spareinrichtung mit 44 608 331 M. (57 344 286 M.); unter letzteren sind enthalten Forderungen von Lieferanten 7 767 976 M. (i. V. 8 678 021 M.), Fonds für Unterstützungen, usw. Zweite 8 672 381 M. (9,05 Millionen Mark), Löhne, Prämien, Zinsen, Anleihenbonds, Restschulden und andere am Jahresabschluß noch nicht fällige Verbindlichkeiten 19 879 210 M. (22 288 001 M. i. V.).

Ein Preßprozeß.

In dem Privatbeleidigungsprozeß des Herausgebers der „Hörnerzeitung“, Schriftstellers Bruno Buchwald, gegen den Herausgeber der „Bank- und Handels-Zeitung“, Dr. Walter Rande, wurde nach langer Verhandlung ein Urteil am Dienstag in später Abendstunde gefällt. Es lautete gegen den Angeklagten Rande auf 200 M. Geldstrafe, gegen den Privatkläger und Widerbelegten Buchwald auf 50 M. Geldstrafe. In der Begründung führte der Vorsitzende aus: Der Gerichtshof erachtet den Beweis für die in den Artikeln der „Bank- und Handels-Zeitung“ enthaltenen Vorwürfe gegen den Privatkläger nicht für erbracht; das Gericht ist aber davon ausgegangen, daß der Angeklagte die Ueberzeugung von der Richtigkeit dieser Vorwürfe gehabt hat. Ihm ist an sich der Schatz des § 193 zugestanden worden, seine Ausführungen sind zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht, er hat aber in der Form gefehlt. Die Angriffe sind außerordentlich scharf; der Privatkläger ist schwer beleidigt und die Beleidigung muß aus §§ 185 und 186 erfolgen. — Was die Widerklage betrifft, so muß der Widerbelegte aus § 186 verurteilt werden. Der Artikel habe die Verhöhnung des Schriftstellers Georg Bernhard wiedergegeben, daß der Angeklagte ein Mann sei, der für Reden und Schwärzen in Generalversammlungen von Gesellschaften Geld nehme. Der Gerichtshof hielt sich einer tatsächlichen Feststellung nach dieser Richtung hin für überhaben, da nach § 192 der Beweis der Wahrheit der behaupteten Tatsache die Bestrafung nach § 185 nicht ausschließt, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Behauptung hervorgeht. Dies sei hier der Fall. Der Gerichtshof ist aber auf Grund der Beweisannahme und auf Grund der Aussage des Generaldirektors der A. G. M. und A. G. M., Geh. Rat Raibena, zu der Ansicht gekommen, daß der Widerbelegte der Meinung sein konnte, daß der Angeklagte für Reden und Schwärzen in Generalversammlungen Geld nehme. — Auf die vorgeladenen Sachverständigen und einen großen Teil der Zeugen war vom Gericht verzichtet worden.

Stahlverband. Der geschätzte Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A betrug im November 1909 895 000 Tonnen gegen 841 678 Tonnen resp. 428 055 Tonnen in der gleichen Zeit der Vorjahre. Im Oktober d. J. war der Verband um 26 894 Tonnen größer als im November.

Robeisenzeugung. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Robeisenzeugung in Deutschland und Luxemburg während des Monats November 1909 insgesamt 1 119 051 Tonnen gegen 690 788 Tonnen im November 1908. Die Erzeugung während der Monate Januar—November 1909 stellte sich auf 11 754 163 Tonnen gegen 10 790 965 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitte des Vorjahres.

Salzgewinnung und Salzbesteuerung.

Die Statistik der Salzgewinnung und Salzbesteuerung ergibt, daß im deutschen Reichgebiet während des Rechnungsjahrs 1908: 1 164 095 Tonnen Steinsalz (1907: 1 224 350 Tonnen), an Siedesalz 648 064 Tonnen (1907: 659 745 Tonnen) gewonnen wurden.

Die Einfuhr ausländischen Salzes in das Reichgebiet betrug 6043 Tonnen (1907: 4152 Tonnen), doch kommen größere Mengen auch aus den Niederlanden 1722 Tonnen (1907: 1076 Tonnen) und aus Portugal 1593 Tonnen (1907: 2076 Tonnen).

Das ausgeführte Salz ist zum größten Teil Steinsalz 274 141 Tonnen (1907: 268 033 Tonnen). Siedesalz wurden 61 300 Tonnen (1907: 75 188 Tonnen) ausgeführt.

An Speisesalz gelangten 488 646 Tonnen (1907: 495 508 Tonnen) oder 7,7 Kilogramm (1907: 7,9 Kilogramm) auf den Kopf der Bevölkerung zum Verbrauch, wogegen der Verbrauch an unversehrtem Salze zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken 826 485 Tonnen oder 16,1 Kilogramm (1907: 913 353 Tonnen oder 14,6 Kilogramm) auf den Kopf der Bevölkerung betragen hat.

Die Reineinnahmen an Salz- und Salzsteuer beliefen sich im Rechnungsjahre 1908 auf 58 158 844 M. gegen 58 003 647 M. im Vorjahre.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt Genosse Schulz seinen vierten Vortrag aus dem Zyklus über: „Theorie und Praxis der Erziehung“. Er behandelte die öffentliche (Schul-) Erziehung. Im wesentlichen hatte ja Genosse Schulz schon in seinen früheren Vorträgen die Entwicklung des Schulwesens charakterisiert. In diesem Vortrag zeigte er, wie sehr bei uns die Schule ein Instrument der Klassenzerlegung ist. Schon die Höhe der Anforderungen, die der Staat für die Kinder der Bescheidenden macht im Gegensatz zu den geringen Mitteln, die er für die Volksschüler zur Verfügung stellt, lassen deutlich den Geist unseres Regierungssystems erkennen. Bekanntlich werde für einen Schüler der höheren Schulen ein Zuschuß von ungefähr 274 M. pro Jahr vom Staate geleistet, dagegen für einen Volksschüler nur 40 M. Jeder Student kostet dem Staat 700 M. Das Ziel der höheren Schule ist für die Gesellschaft die Heranbildung fähiger Staatsbürger, die ihren Interessen dienen.

Die Volksschule hat sich wohl in den letzten Jahren etwas gehoben. Sie mußte es schon deshalb tun, weil ja auch die Ansprüche eines großen Teils der Kapitalistenklasse an die Ausbildung der Arbeiter erheblich größer geworden sind. Während z. B. an das geistige Können eines Verarbeiters wenig Ansprüche gestellt werden, erfordert die Herstellung von mechanischen und optischen Instrumenten eine ziemlich hohe Vorbildung. Trotz der Verbesserung der Bildung will man aber in der Volksschule die Geister in Abhängigkeit erhalten. Dazu dient das Ueberwachen des Religionsunterrichts, der harrapatriotisch gefärbte Geschichtsunterricht und der Mangel an naturwissenschaftlicher Aufklärung. In den letzten Jahren ist ja eine Bewegung in der Volksschullehrerschaft gegen den orthodoxen Religionsunterricht entstanden, die besonders schön in Bremen zum Ausdruck kam. Diesen freieren Denkern wird jedoch ihre Aufsehung im Klassenstaat nicht viel nützen. Trotzdem müssen wir sagen, daß die an Macht stetig zunehmende Sozialdemokratie sehr wohl einen starken Einfluß auf die Gestaltung der Volksschule ausüben kann, wenn wir uns auch klar sind, daß alles unter dem heutigen Klassenstaat nur Stückwerk bleiben kann.

In der Diskussion hob ein Redner besonders hervor, daß die Eltern die Aufgabe hätten, ihre Ansichten gegenüber der Schule zum Ausdruck zu bringen, ohne dabei die Autorität der Lehrer zu untergraben. Diese und noch andere Fragen wurden lebhaft von verschiedenen Seiten erörtert.

Der nächste und letzte Vortrag des Zyklus findet am 15. Dezember statt. Thema: „Erziehung und Sozialismus“.

Eine englische Diensthilfsorganisation ist in der Bildung begriffen. Die Hausangehörigen in England verstehen nicht wie ihre Berufsangehörigen in Deutschland einer Gesindeordnung, die sie bürgerlich degradiert. Auch sind die Löhne in England höher; sie belaufen sich auf 7 1/2 bis 10 Schilling (7 1/2—10 M.) pro Woche. Andererseits besteht hier eine solche Scheidewand zwischen „Herrschaft“ und Diensthilfspersonal, daß z. B. ein Diensthilfsmädchen grüßt und begrüßt wird. Englische Ärzte klagen darüber, daß Diensthilfsmädchen außerordentlich häufig an schwerer Malaria leiden, die ihnen jede körperliche Anstrengung zur Qual macht. Als Ursache des Leidens wurde fast immer überlange Arbeitszeit (durchschnittlich 15—16 Stunden pro Tag), sowie das Fehlen körperlicher Bewegung in freier Luft festgestellt. Dazu kommt gewöhnlich minderwertige Kost und ungenügende Schlafgelegenheit.

Es war also hohe Zeit, daß die englischen Diensthilfsboten zum Bewußtsein ihrer sozialen Lage erwachten und nun gleich anderen Arbeiterkategorien den Weg der Organisation beschreiten wollen. Die bloße Anknüpfung ihres Entschlusses hat genügt, um die bürgerliche Presse zu alarmieren. Unter dem Schlagwort: „Ein sozialistischer Anschlag auf die Küche“ suchen gewisse Blätter das Publikum gegen die Rebellion der Diensthilfsboten mobil zu machen. Heuchlerisch wird da versichert, man sei durchaus kein Gegner von Organisationen (die Organisation der Diensthilfsboten natürlich ausgenommen), „andererseits aber wäre zu befürchten, daß diese Organisation Unzufriedenheit und sozialistische Ideen in eine wenn auch schwer arbeitende so doch zufriedene Schicht tragen würde, die bisher dem Bereich der Agitation entzogen war.“

Alle Vorbedingungen sind gegeben, und so werden solche und ähnliche Lamentationen nicht hindern können, daß die englischen Diensthilfsboten Anschlag suchen und finden an den großen Kampf ihrer Klasse um eine bessere Zukunft.

Leiseabend.

Mariendorf. Leiseabend, Donnerstag, den 9. Dezember, 8 Uhr, bei Roewenhagen, Chausseestr. 27. Vortrag über Friedrich Heiter.

Gerichts-Zeitung.

Zwei tödliche Verbrechen als Mörder auf der Anklagebank.

Wie wir feinerzeit berichteten, wurde im August d. J. der Fleischergehilfe Vorschowski aus Drengrut in Ostpreußen von dem jungen Weitzerhohn Markowka erschossen. Der Unglückliche badete mit einigen Freunden im Drengruter Landsee in der Nähe der Markowkaschen Besitzung. Da eilte der alte Besitzer Markowka mit seinem Sohn herbei und forderte die Badenden auf, das Wasser zu verlassen. Da der junge Markowka eine Platte bei sich trug, die er drohend im Anschlag hielt, gehorchten die jungen Leute sofort. Als sie das Ufer erreicht hatten, sollten sie nun auch schleunigst die Stelle verlassen, wo sie ihre Kleider niedergelegt hatten, obwohl der Ort gar nicht zur Markowkaschen Besitzung gehörte. Wegen diese empörende Zumutung der übermütigen Agrarier wagte der Fleischergehilfe Vorschowski Einwendungen zu machen. Da befohl der alte Markowka seinem Sohn, auf Vorschowski zu schießen. Der Sohn gehorchte und schwer verletzt kletterte der Betroffene zu Boden. Vorschowski wurde zunächst nach dem Rastenburg Krankenhaus, von dort nach der Königsberger Krankenhaus gefahren, starb aber hier nach kurzer Zeit, ehe eine Operation zu seiner Rettung unternommen werden konnte.

Die agrarischen Rostlinge, Vater und Sohn, hatten sich nun vor dem Landrentenamt Schaurergericht wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Der junge Markowka, der den tödlichen Schuß abgegeben, wurde unter Annahme mildernder Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 4 Monaten verurteilt, der alte Markowka erhielt als Anstifter des infamen Verbrechens 3 Jahre und 4 Monate Gefängnis.

Unverständlich ist, weshalb nicht Anklage auf Mord erhoben ist. Immerhin sind die Angeklagten, wenn auch sehr milde, bestraft. Möglicherweise ist zu ihrem toten Vorgehen dadurch ermutigt worden, daß ostpreussische Gerichte mehr als einmal den Guttsbesitzerkreisen angehörende Totschläger freigesprochen haben.

Verurteilte Rechtsanwälte.

In dem Prozeß gegen den Rechtskonjulenten Rosenbaum in Köln, der zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, waren eine Anzahl Vollmachten von Rechtsanwälten gefunden worden. In dem ehrenrührigen Verfahren wurde Rechtsanwalt Dr. Warh zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt und zu einem Verweis, ferner Rechtsanwalt v. Joellen und Dr. Schreiber zu einem Verweis, drei weitere Anwälte zur Verwarnung und die übrigen freigesprochen.

Ueberfall.

Der märkische Ueberfall auf den Kleiderhändler Gorowis, Invalidenstr. 21, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten. Die auf schweren Raub und verfaßten Mord lautende Anklage richtete sich gegen den 20 Jahre alten Dienstknecht Ernst Firsch, der bisher

nur zwei geringe Vorstrafen erlitten. Der Angeklagte hat eine Berliner Gemeindefolge besucht, ist aber nur bis zur dritten Klasse gekommen. Er hat dann einige Zeit bei seinem Stiefvater, der Zigarrenmacher ist, gearbeitet, stahl diesem eine Geldsumme und wurde wegen dieses Diebstahls mit einer kleinen Gefängnisstrafe bestraft. Nach deren Verbüßung ging er auf die Wanderschaft, teils bettelte er sich durch, teils arbeitete er, zuletzt war er im Mecklenburgischen als Knecht im Dienst. Zum Oktober war er zum Militär ausgehoben worden und langte am 2. Oktober aus Briggow bei Mecklenburg an. Schon in Briggow hatte er Verachtungen darüber angefaßt, daß er doch einen sehr schlechten Anzug habe und mit diesem bei der Ausmusterung doch einen schlechten Eindruck machen würde und schon dort hatte er den Plan gefaßt, sich hier in Berlin durch einen Gewaltakt einen neuen Anzug zu verschaffen. Er hatte zu diesem Zweck einen von ihm gestohlenen Schraubenschlüssel zu sich gesteckt und trug auch einen Revolver in seiner Tasche. Nach seiner Ankunft in Berlin am 2. Oktober will er umhergebummelt sein, am Sonntag, den 3. Oktober, spürte er in der Invalidenstr. nach einer Gelegenheit zur Ausführung seines Planes. Das Geschäft des Kaufmanns Gorowis schien ihm dazu geeignet. Nachdem er gesehen, daß Herr G. allein im Geschäft war, betrat er den Laden und handelte um einen Anzug. Als man handelseinig geworden war und Herr G. den Anzug suchen in Papier verschweißt hatte, erhielt er plötzlich vom Angeklagten mit dem Schraubenschlüssel zwei heftige Schläge auf den Kopf, so daß er wie betäubt zu Boden sank. Der Angeklagte ergriff das Paket und stieß damit auf die Straße, er wurde jedoch von einem zufällig im Augenblicke der Flucht vorübergehenden Verwandten des Kleiderhändlers verfolgt und es gelang ihm feitzunehmen. Der aus einer Wunde über dem Ohr blutende Gorowis wurde zunächst zur Anfallstation gebracht und war dann nach etwa drei Wochen in der Behandlung des Arztes Dr. Jacobsohn. Geistliche Folgen sind für ihn nicht zurückgeblieben. — Der Angeklagte gab seine Tat ohne weiteres zu und bestritt in aller Ruhe, daß er schon in Briggow den Vorfall gefaßt habe, eine solche Gewalttat auszuführen, da er die Absicht gehabt, seine Eltern in Berlin zu besuchen und auch bei dieser Gelegenheit in einem anständigen Anzug erscheinen wollte. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage wegen schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung unter Ausschluß mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 8 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 5 Jahre Zuchthaus unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft und 5 Jahre Ehrverlust. — Der offensichtlich geistig recht minderwertige Angeklagte nahm das Urteil ohne jede Erregung entgegen.

Schuh vor Schulreuten.

Wegen Körperverletzung im Amte fand am 15. Juni vom Landgericht Duisburg die Polizeiergenten Dahmen und Höyer zu je 40 M. Geldstrafe verurteilt worden. Einem Abends um 10. Uhr, der diensteig war, auf der Straße mit anderen Personen in Konflikt. Der Techniker D. sollte schließlich fittiert werden, D. und der hinzugekommene H. führten ihm zur Wache, wobei sie ihn stechen und auf die Höhe traten. Nachdem D. vom Wachmeister vernommen und entlassen worden war, mißhandelten die Angeklagten ihn nochmals. — Die Revision des Angeklagten D. wurde am Dienstag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen, nachdem die des H. schon früher vom Landgericht als unzulässig verworfen worden ist.

Eine nächtliche Schlägerei.

bei welcher einer der Beteiligten durch einen Stich in das Herz getötet worden war, lag einer Anklage wegen Vergehens gegen den § 227 des Strafgesetzbuches zugrunde, welche gestern die erste Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Wadel beschloß. Angeklagt waren der 29jährige Arbeiter Otto Steinbacher und die in gleichem Kler stehenden Arbeiter Hoffmeister, Leber, Rehberg, de la Barre, Rabemann und Fischer. Die Angeklagten wurden beschuldigt, an einer Schlägerei teilgenommen zu haben, bei welcher einer der Beteiligten den Tod gefunden hatte. Am 28. Juni d. J. fand in den „Eichborsälen“ in der Eichborsstraße in Reinickendorf das übliche Sonntags- tanzergewöhnung statt. Es entstanden wegen eines Mädchens Streitereien. Im Nu hatten sich zwei Parteien gebildet, die sich auf die Straße begaben und sich in Schlächtaufstellung gegenübertraten. Es kam zu einem wütenden Handgemenge, bei welchem plötzlich der 19jährige Arbeiter Blaumann mit dem Rufe: „Ich bin gestochen!“ zusammenbrach. Die Kämpfenden liefen so schnell wie möglich davon und ließen den Verletzten in seinem Blute schimmern liegen. Als Blaumann von Postanten in das Krankenhaus geschafft wurde, konnte hier nur noch der Tod des B. konstatiert werden, da ein Messerfisch das Herz durchbohrt hatte. Der jetzige Angeklagte Steinbacher soll den tödlichen Stich getan haben. Der Gericht behaupteten die Angeklagten, sich in Notwehr befunden zu haben, da sie selbst die Angegriffenen gewesen seien. Die Vernehmungsaufnahme konnte eine völlige Aufklärung des Sachverhalts nicht bringen. Es wurden nur drei Angeklagte verurteilt, und zwar Steinbacher zu 2 Monaten und Leber und Rehberg zu je 4 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Sozialdemokrat. Wahlverein Friedenau.

Am Sonntag, den 5. d. M., verstarb plötzlich unser Genosse, der Schloffer

Otto Schilling

im 38. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 9. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des hiesigen Gemeinde-Friedhofs aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

203/11 Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maler

Gustav Mahlow

sanft entschlafen ist. 84792

Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, auf dem Süd-West-Friedhof in Stahnsdorf statt.

Die trauernde Witwe Ida Mahlow nebst Kindern.

Für die mir bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Berta Johneke

zuteil gewordenen Beweise der Anteilnahme, insbesondere dem sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises und dem Bezirk 403 Teil II, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

J. Johneke. 207/4

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters

Paul Babst

lagen mir dem Bezirk 301, Teil I des IV. Berliner sozialdemokratischen Wahlvereins, dem Kaufmann „Rome Wolke“, dem Lotterieverein „Wißend“ sowie den Freunden, Bekannten und Gästen aus dem Restaurant „Ostler“ vorgerichtet anzuken besten Dank.

134/12

Agned Babst und Sohn.

Bekanntmachung.

Der Vorstand der Gemeinamen Ortskrankenkasse für Deutsch-Wilmersdorf und Umgegend bezieht auf folgenden Personen:

1. Richter Alfred Kiesel, Berliner Straße 144, 1. Verleger.
2. Kaufmann Wilhelm Ernst, Wilmersdorferstr. 48, 2. Verleger.
3. Kammerherr Kurt Tuckermann, Wilmersdorfer Str. 18, 1. Schriftführer.
4. Schriftführer Berth. Tempelhofen, Wilmersdorfer Str. 18, 2. Schriftführer.
5. Hauswartmeister Heino Wilmersdorfer, Schaperstr. 30, Verleger.
6. Buchdruckereibesitzer Hans Heilmann, Wilmersdorfer 102, Verleger.
7. Kaufmann Otto Löbner, Berliner Straße 159, Verleger.
8. Arbeiter Friedrich Wösch, Wilmersdorfer Str. 18, Verleger.
9. Arbeiter Reinhold Günzel, Eigenmannstr. 39, Verleger.
10. Arbeiter Friedrich Mohr, Berliner Straße 123, Verleger.
11. Postler Aug. Langhorst, Wilmersdorfer 18, Verleger.
12. Schloffer Franz Sels, Berliner Straße 124, Verleger.

St. Wilmersdorf, 4. Debr. 1909.

Der Vorstand.

2. Wahlkreis.

Dienstag, den 14. Dezember 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Fortsetzung der General-Versammlung

in der Berliner Bock-Bräuerei, Fidinstraße.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Pressekommmissions-Mitglieder. 2. Neuwahl von zwei Mitgliedern zur Pressekommision. 3. Berichtsangelegenheiten.
- Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen!
Mitgliedsbuch legitimiert!

211/10*

Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund.

Ortsgruppe Berlin.

Freitag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Vortrag: **Heinrich Schulz: Alkohol u. Klassenkampf.**

Eintrittspreis 10 Pf. — Kein Getränke-Anschanf.

209/11

A. N. des Vorstandes: Alb. Bohm, N. 58, Treppenstr. 51.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Freitag, den 10. Dezember 1909, abends 6 Uhr,
im Gewerkschaftshause (Saal 5), Engelufer 14-15:

Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. J. Zudek über: „Berufskrankheiten“. 2. Die Situation auf dem Bauteil. 3. Verschiedenes.
- In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und speziell des Vortrages ist es notwendig, daß alle Bauteilvertreter und die Vertrauensleute pünktlich erscheinen, da bei Abwesenheit wegen prägnanter Angelegenheiten werden muß.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1209. Charitestr. 3. Col III. Amt 3, 1987.

Freitag, den 10. Dezember 1909, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung der Metalldrücker Berlins u. Umg.

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal I.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Ohne Anzahlung Teppiche, Gardinen, Porzellan, Bilder, Spiegel, Uhren

Auf Teilzahlung L. Matzner Auguststr. 50. Nur Kartes erbet.

Hygienische Bedarfsartikel, Drogerie, Kosmetik, etc.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Str. 2.

Saman Tee



ist ein sehr billiges Getränk von vorzüglichem Wohlgeschmack. Schlechte Sorten Tee unbekannter Herkunft tragen die Schuld daran, dass man bei uns in Deutschland dem Tee ein so großes Vorurteil und Mißtrauen entgegenbringt.

Saman Tee wirkt infolge seines Alkaloidgehaltes blutreinigend und verdauungsfördernd und beeinflusst dadurch die Nieren in günstigster Weise. Das im Saman Tee enthaltene ätherische Öl regt die Gehirntätigkeit u. Arbeitslust an, ohne schädliche Nebenwirkungen des Kaffees zu besitzen.

Ein 10 Pfg.-Paket reicht aus für ca. 30 Tassen

Jedem Paket liegt Aufsehen erregendes Preisauschreiben bei. Zu haben in 2 Qualitäten in Paketen von 10 Pfg. an nur 2 in allen einschlägigen Geschäften.

viel billiger als Kaffee

Bitte beim Einkauf der billigen Gebirgs-Tee Marke auf die nebenstehende Schutzmarke.

Selten günstige Kaufgelegenheit für Weihnachten

Eine Partie imit. Perser

Teppiche

getreue Kopien echter Perser von wunderbarer Farbenpracht auf beiden Seiten benutzbar.

Ungefähre Größe

90x180 cm Stück	M. 3,75
130x200 "	" 5,50
160x280 "	" 8,75
200x300 "	" 12,75
250x350 "	" 21,50
300x400 "	" 28,50

Passende Bett- u. Full-Teppiche Stück 75 Pf., 1,00 und 1,50 M.

Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus

Emil

Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstr. 158.

Habe nirgends Filialen!

Weihnachts-

Extraliste u. Katalog

enorm billiger Geschenkartikel

(600 Abbild.) gratis und franko.

Auch Sonntags

bis Weihnachten geöffnet.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35, kein Laden, Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

H. Esders & Dyckhoff

Ausverkauf

in fert. Herren- und Knaben-Kleidung

enorm unter Preis wegen Füllal-Aufgabe

Oranien-Str. 48

Ein Posten Damen-Jacken, Mäntel, Röcke und Blusen aussergewöhnlich billig

Ausverkauf nur Oranien-Str., Ecke Luokauerstr. am Moritzplatz.



Eile zu Weile!

Pelz-Stolas

Chike Formen!

Hervorragend billige Preise!

Nerzmurmels-Stola von 15.— M. an, mit Köpfen und Schweifen garniert

Tibet-Stolas von 9.— M. an

Skunks-Stolas von 25.— M. an

nur 8453L*

119, Dresdener Str. 119

Eckhaus Oranienplatz.

Bitte genau auf Hausnummer und Firma „Eile zu Weile“ zu achten!

Hygienische Bedarfsart., Drogerie Zaremba, Weinbergweg 1, Dir. u. Rosenbaltz, Tel. 1111, Billigste Bezugsquelle! Versuch f. zur dauernden Kundenschaft

Partei-Angelegenheiten.

Zahmorgen! Zweiter Wahlkreis, Friedrichsdorf, Buch-Druckerei-Nacharbeiter. Sonntag, den 12. Dezember...

Vierter Wahlkreis. Zu der Annonce im „Vorwärts“ vom Mittwoch über die am 12. Dezember stattfindende Urwahl...

Charlottenburg. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß die Jugendschriften-Ausstellung im Volkshaus...

Sofien. Am Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet in Dabendorf im Lokale „Zum deutschen Kaiser“...

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß wichtiger Gründe halber nach der öffentlichen Versammlung in demselben Lokal...

Bernau. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Solzmann, Godeborfer Straße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung...

Trebbin. Am Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 4 Uhr, bei Wolf: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kaffe und Aufnahme neuer Mitglieder...

Berliner Nachrichten.

Weihnachtsbücher für unsere Kinder!

Die Ausstellung von Jugendschriften und auch von Wandschmuck, die am Sonntag im Gewerkschaftshaus (Engelshfer 15) eröffnet wurde...

Der Besuch der Ausstellung und die Beschäftigung namentlich der Jugendschriften ist allen Eltern zu empfehlen...

Die Sammlung ist, wie in den Vorjahren, in bequemer Uebersichtlichkeit angeordnet und in Gruppen nach dem Alter der Kinder eingeteilt...

Alle ausgestellten Bücher sind zu haben in der Vorwärts-Buchhandlung und werden auch durch alle Parteispeditionen geliefert...

Arbeitsamt des Bürgeramts. Aus dem Rathaus wird geschrieben: Im Verlaufe der diesjährigen Landtags-Erwahlungen...

kann mit einer Ordnungsstrafe bis zu 300 M. belegt werden. Ansehnlich der zahlreichen Fälle von Abweichungen...

Die vorstehenden Auslassungen des Magistrats muten etwas eigenförmlich an. Zunächst ist interessant die Tatsache...

Die Parteideputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, geologische Karten des Harges als Beigabe zur kleinen Tafel...

Die großen Wege durch den Friedrichshain werden in Zukunft für Kraftfahrzeuge gesperrt. Der Versuch mit einer bankartigen Einriedigung...

Was die Lohnfrage der Arbeiter betrifft, wurde zunächst prinzipiell die Frage angezogen, an Stelle der Tages- bezw. Stundenentlohnung...

Der Entwurf für eine Brücke über die Stettiner und die Nordbahn im Zuge der Bornholmer Straße...

Heiligtümer.

Der Stadtverordnetenaufruf zur Beratung der Vorlage betreffend die nachträgliche Bewilligung von 100 000 M. zur Verstärkung...

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine möglichst baldige Vorlage...

In dem Frauenmord. Alle Kochschürzen und Beobachtungen während der vergangenen Nacht...

Von den Anzeigen über vermehrte Personen hat die Kriminalpolizei durch eingehende Nachforschungen...

Die Unterhaltungen in der Stadtsynode. Der Bureauassistent Volt, der nach Unterhaltungen bei der Stadtsynode...

hatte. Diese Spur ist ja auch noch sehr unbestimmt, wird aber eifrig verfolgt. Ähnlich sieht es mit mehreren anderen.

Ueber die Affäre des Syndikus Dr. Köhl von der Berliner Handwerkskammer werden jetzt authentische Angaben gemacht.

Klagen über Geldschieberei in den Birkussen gehen uns fortgesetzt zu. Da ist zunächst der Garderobenzwang...

Das Programm enthält zwar den Ausdruck: 10 Pfennig; wer aber nur 10 Pf. zahlt, dem wird erklärt...

Der Kriminalbeamte mit den Postgehunden. Und wird berichtet: In der Nacht vom Sonntag zum Sonntag...

Die Unterhaltungen in der Stadtsynode. Der Bureauassistent Volt, der nach Unterhaltungen bei der Stadtsynode...

die Liebfeder und der Hauptschuldige. Wannide war schon bei der Stadtsynode tätig, als Volt vor dreizehn Jahren eintrat. Er half diesem hin und wieder mit einem kleinen Vorlehn aus der Verlegenheit und verübte schon damals die Schwindelkünste, die jetzt endlich an den Tag gekommen sind. Der Klugheit stellte früher der Stadtsynode eine Liste aller Steuerzahler zur Verfügung, auch der katholischen, der jüdischen und derjenigen, die keiner Kirchengemeinschaft angehören. Die Stadtsynode mußte dann aus diesem Verzeichnis diejenigen, die für sie nicht in Betracht kamen, ausscheiden. Dabei bezeichnete man Wannide große Steuerzahler mit jüdisch klingenden Namen, die aber in Wirklichkeit evangelisch waren, kurzerhand als Juden. So verschwanden diese Leute aus der Liste der Steuerzahler der Stadtsynode. Wannide aber erhob mit gefälschten Quittungen bei ihnen die beträchtlichen Steuern für seine Privatliste. Als später der Magistrat lediglich ein Verzeichnis der evangelischen Steuerzahler sandte, wurde der Schwindel sichtbar. Wannide wußte sich aber trotzdem auch jetzt noch zu helfen. Bei der Verteilung der Liste ließ er einen guten Steuerzahler aus und schob dafür irgend einen unbedeutenden unter, so daß die Endsumme des Verzeichnisses wieder stimmte. So hatte er doch wieder seine Privatliste. Die Änderung und der Umstand, daß die Sachen unter Verschluß gehalten wurden, zwang ihn aber einen Helfer zu suchen, und diesen fand er in Volt, der bei seinem verschlossenen Lebenswandel aus der Verlegenheit nicht herauskam. Wannide, der seine Privatsteuern mit allerhand Fälschungen auch dann noch einzulösen verstand, als diese von den Pächtern an die Klasse der Stadtsynode oder eine Bank eingeliefert wurden, wurde schließlich verhaftet. Weil aber Volt verschwinden war, so schob er die Schuld auf diesen und ihm war nicht recht etwas nachzuweisen. Man setzte ihn deshalb vorläufig wieder auf freien Fuß, beschlagnahmte aber bei ihm für rund 10 000 M. von dem Geld und Geldwert. Wannide mußte aber fürchten, daß Volt doch einmal verhaftet werde, und benutzte deshalb die Gelegenheit zu verschwinden. Nach einem hinterlassenen Schreiben will er sich das Leben nehmen. Nach der Schätzung Volts, der von dem Geld nur den kleinsten Teil abbekam, haben die beiden in dreizehn Jahren etwa 100 000 M. erschwindelt. Genau kann die Summe erst durch eine umfangreiche Nachprüfung bei der Stadtsynode ermittelt werden.

Von einem Kohlenwagen überfahren und getötet wurde gestern nachmittag ein Radfahrer in der Landsberger Allee nahe dem Landsberger Platz. Der Verunglückte ist etwa 30—35 Jahre alt.

Aus der Unglückschronik. Der Polizeibericht meldet: Der 55 Jahre alte Hofreiner Karl J. wurde mittags im Keller des linken Seitenflügels auf dem Grundstück Ebnauferstraße 87 mittels Stricks an einem Abflurholz erhängt aufgefunden. Man rief einen Arzt, doch kam jede Hilfe zu spät. J. hat die Tat nach Aufzeichnungen in seinem Notizbuch wegen längerer Krankheit begangen. — Die 29 Jahre alte Schneiderin Minna P., die in einem Hause der Wannenstraße ein Zimmer abgemietet hatte, wurde morgens von ihrer Wirtin, der ein scharfer Geruch aufgefallen war, schwer rüchelnd aufgefunden. Sie hatte versucht, durch Einatmen von Leuchtgas ihrem Leben ein Ende zu machen. Ein Arzt ließ die Schwerverrannte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain bringen. Ein anhaltendes Lungen- und Unterleibsleiden hatte die Unglückliche zu der Tat getrieben. — Abends wurde die 56 Jahre alte Kaufmannsfrau Ottilie Jachter, als sie an der Holsteische vor dem Hause Kommandantenstr. 37 einen Straßenbahnwagen der Linie 68 verlassen hatte, durch einen Kraftomnibus der Straße 11 erfasst und gegen die „Elektrische“ gedrückt. Mit Quetschungen der Brust und am rechten Oberarm sowie inneren Verletzungen brachten Passanten sie auf ihren Wunsch nach der nahen Wohnung, wo für ärztliche Hilfe gesorgt wurde. — Beim Ueberfahren des Radwagens vor dem Hause Königgräber Str. 88 wurde nachmittags der 64jährige Sohn Robert des Schneiders Franz Pivoda von einer Kraftdrochse ungerissen. Auf der Hüftwunde in der Köthener Straße, wohin ihn der Chauffeur gefahren hatte, klagte der Knabe über innere Schmerzen, doch konnte der Arzt Verletzungen nicht finden. Die benachrichtigten Eltern holten ihn später ab. — Der sechsjährige Sohn Otto des Metzlers Alois Pospisil geriet nachmittags vor dem Hause Prinzenstr. 28 unter die Räder einer Kraftdrochse. Der Staatsanwalt Dr. Schröder, der Zeuge des Unfalls war, brachte ihn in seinem Automobil nach der nächsten Hilfswache. Nachdem der Arzt eine Nierenentzündung festgestellt und ihm Verbände angelegt hatte, wurde der Verunglückte von seinem Vater abgeholt. — In der Nacht gegen 1 Uhr stiegen vor dem Grundstück Frankfurt Allee 145 der Privatkraftwagen des Schankwirts Heinrich Weher aus Friedrichshöhe und eine Straßenschleife ohne Halt zusammen. Der Führer der letzteren, der 27 Jahre alte Autifahrer Ernst Sorge, wurde vom Vordach geschleudert und blieb bewußtlos auf dem Pflaster liegen. Nachdem man ihn nach der Hilfswache in der Borsigauer Straße geschafft hatte, konstatierte der Arzt starke Quetschungen am Kopf, am rechten Unterarm und an den rechteitigen Rippen und legte ihm Verbände an.

Ermächtigte Eintrittskarten zur Ausstellung der Sezession, 25 Pf. statt 1 Mark, stehen den Arbeiterorganisationen auch in diesem Jahre zur Verfügung. Die Vorstände können die Karten im Bureau des Gewerkschaftshauses in Empfang nehmen. Einzelne Karten werden gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Zigarrengeschäft von Horch, Gewerkschaftshaus abgegeben. Hier sind auch von 1 Mark auf 25 Pf. ermächtigte Eintrittskarten zur Arbeiter-Dilettanten-Ausstellung zu haben.

Der Jirkus Sarasani, der schon einmal und zwar vor sechs Jahren in Berlin weilte, wird in diesem Winter abermals ein längeres Gastspiel hier veranstalten. Sein neuer transportabler Winterzirkus, der mittels Dampfheizung in allen seinen Räumen erwärmt ist, wird vielen Tausenden von Besuchern Aufenthalt gewähren. Er wird auf dem Gelände der Modernbahn im Botanischen Garten in der Potsdamer Straße sein Heim aufschlagen.

Variétéprogramme. Im Passage-Theater erzielt Gusty Hell durch ihre glänzenden Parodien großen Erfolg. Ein Künstler in seinem Fache ist der Violinvirtuose Otto Gigg, der sein Instrument bis in die letzten Punkte beherrscht. Kunstsepie bringen auch vier Damen des Astoriaquartetts zu Gehör. Reichlich ist die Akrobatik und Equilibristik diesmal im neuen Programm vertreten.

Des Walsballe-Variété-Theater am Weinbergsweg hat fast ausschließlich erste Nummern im Programm. Da sind zunächst die Hornisch-Partnersänger, die als Theater Sänger und Tänzer das Publikum angenehm unterhalten. Dann produzierten sich die Lauberts als gewandte Akrophonvirtuosin. Alte und neue Witze und Couplets gibt der Humorist Böhm zum besten, während Frau Melia ihre ausgezeichneten gut dressierten Papageien und Kalabris die drohlichsten Kunststücke ausführen läßt.

Weihnachten im Kinematographen.

Nachdem wir so oft über den Kinematographen haben schelten müssen, ist es uns nun so angenehm, mal etwas Gutes über ihn sagen zu dürfen. In den leider berechtigten Klagen über den Mißbrauch, der mit dem „Kintopp“ getrieben wird, haben wir früher einmal und dahin gehend, daß man von ihm auch einen recht nützlichen Gebrauch machen könne. Wir wiesen darauf hin, daß es sehr wohl möglich sei, ihn in den Dienst der edleren Unterhaltung zu stellen und ihn zu einem schätzbareren Mittel der Anregung für unsere Jugend auszugestalten. Das Union-Theater im „Grand-Hotel Alexanderplatz“ macht jetzt in der Weihnachtszeit einen Versuch dieser Art, der Beachtung verdient. Es wird in den Wochen vor Weihnachten an jedem Mittwoch und jedem Sonnabend in den Nachmittagsstunden von 2—3 Uhr kinematographische Weihnachtsvorstellungen veranstalten, für die besonders auf die Kinder als Zuschauer gerechnet wird. Die erste dieser Vorstellungen fand am Mittwoch statt und wurde von dem ausverkauften Hause sehr beifällig aufgenommen. Sie bot ein Programm, das haupt-

sächlich auf Weihnachten gestimmt war, allerlei Szenen aus dem Weihnachtsstrubel und Weihnachtsjubiläum, auch Märchen, wie das vom Aschenbrödel und von Hänsel und Gretel. Alles war, wie man es von einem rechten Kinematographen erwartet, reich an Leben und fröhlicher Bewegung und lustig quirlendem Durcheinander, aber — anders als sonst in manchem „Kintopp“ — frei von Häßlichem und Klotzen. Die Schär der kleinen und kleinsten, die vor der erleuchteten Leinwand saßen, folgte den Darbietungen mit gespannter Aufmerksamkeit und begleitete jedes launige Intermezzo mit ausgelassener Heiterkeit. Selbst als Knecht Ruprecht leibhaftig in den Zuschauerraum herabgestiegen kam, mit Stod und Rute drohte und „mächtige Senge“ endrohte, erntete er nichts als ein schallendes vielhundertstimmiges Gelächter aus Kinderkehlen. Ja, so sind unsere Kinder!

Vorort-Nachrichten.

Nixdorf.

Daß an der erfreulichen Entwicklung des Genossenschaftswesens Groß-Berlins auch Nixdorf regen Anteil hat, zeigte die am Sonntag, den 5. Dezember, von den Nixdorfer Agitationskommissionen der Genossenschaft in Hoppe's großem Saale arrangierte Waren-Ausstellung. Sie hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen und besonders die Frauen kräftig eingehend die angebotenen Waren, die zum Teil in genossenschaftlichen Verkaufsstellen, zum Teil in Privatgeschäften eingekauft worden waren. Die angebotenen Vergleiche bewiesen mit zwingender Deutlichkeit die Ueberlegenheit der genossenschaftlichen Warenvermittlung gegenüber dem Privathandel. Der Zweck der Ausstellung, den weiteren Bevölkerungskreisen den Wert der Konsumorganisation vor Augen zu führen, ist erreicht worden, was sich auch bald in einer erhöhten Beteiligung an den genossenschaftlichen Bestrebungen zeigen wird.

Die Freie Jugendorganisation Nixdorf veranstaltet am Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags pünktlich 5 Uhr bei Felsch, Anlehnstr. 49, einen Lichtbildvortrag. Referent Herr Henze. Eintritt frei. Nachdem: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Die arbeitende Jugend Nixdorfs, sowie deren Eltern sind hiermit höflich eingeladen.

Freitag, den 10. Dezember fällt der Vortragszyklus über Kulturgeschichte aus.

In der letzten Sitzung der Verkehrsdeputation wurde mitgeteilt, daß die Straßenbahn ihren Verpflichtungen aus dem Herbst abgeschlossenen Nachtragsverträge bis auf die veränderte Betriebsführung der Linie I nachgekommen sei, des Weiteren den Gerichtsring (Linie 5) über Kottbuser Damm und Hermannplatz geführt und den Abendverkehr auf den Linien 98 und 68 ausgedehnt habe. — Die Aufstellung von Reklame- und Verkehrsangeboten an den Haltestellen der Straßenbahn wurde mit Rücksicht auf die beengten örtlichen Verhältnisse nicht für zweckmäßig erachtet. — Der neue Fahrplan für die Omnibuslinie Ringbahn-Hermannplatz, welcher auf dieser Strecke eine häufigere Wagenfolge vorsieht, wurde genehmigt. — Ferner wurde der Tarif für die Fahrten nach dem Krankenhaus erhöht.

Treptow-Baumschulweg.

In dem Bericht aus der Gemeindevertretung in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ wird mitgeteilt, daß der erhöhte Lohn für die Gemeindegewerkschaften am 1. April 1910, sondern mit Rückwirkung vom 1. April 1909 ab in Kraft tritt. — Die Auszahlung der Löhne und Gehälter erfolgt noch vor Weihnachten. Außerdem ist noch nachzutragen, daß für die Gehaltsaufbesserung der diätarisch beschäftigten Beamten, welche ebenfalls 10—12 Proz. betragen soll, 3000 M. bewilligt wurden.

Die von der Gemeindevertretung beschlossene Wertzuwachssteuer ist vom Kreisaußschuß und vom Regierungspräsidenten genehmigt worden. Die Steuer ist bereits in Kraft getreten.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende ein Verichtigungs schreiben des Herrn Köhler, dessen Grundstückskäufe in der letzten Sitzung besprochen wurden. Es wurde betont, daß nur durch die nicht richtige Weitergabe der Verhandlungen in den Zeitungen Irrtümer entstanden und daher die Verichtigungen gegenstandslos seien. Die Hauptsache sei, daß Herr Köhler die Behauptung nicht widerrufen habe, daß die Gemeinde beim Verkauf des alten Riesslandes eine bis anderthalb Millionen Mark verschänkt habe. Anschließend hieran bemerkte Gemeindevorsteher König, daß Herr Köhler ihm als Unparteiischen seine Äußerung überlassen, er jedoch die Äußerung noch nicht vollständig geprüft habe; jedoch sei er fest, daß die recht merkwürdige Geschichte gemacht worden seien. So z. B. sei die Offerte erst im Oktober an den Käufer Allers gelangt, trotzdem habe aber Allers bereits im August an Köhler verkauft. König wird nach voller Durchsicht der Akten der Gemeindevertretung Bericht erstatten. — Es wurde beschlossen, für die freiwillige Feuerwehr einen modern eingerichteten Mannschaftswagen zu beschaffen. Die hierzu erforderliche Summe von 2500 M. wurde bewilligt. Dieser Punkt gab Veranlassung eine andere Feuerwehrrache zu besprechen. In einer der letzten Sitzungen machte Herr Dr. Pope darauf aufmerksam, daß der in letzter Zeit vielgenannte Schiffe und Feuerlöschbezugsrat Ratmann bei Anschaffung von Virewen für die Mitglieder der Wehr die Bezahlung derselben im April d. J. angewiesen habe, während diese erst im Mai d. J. geliefert wurden. Demals wurde Herr Dr. Pope vom Vorstande aus erfragt, solche unwahrscheinlichen Behauptungen vor der Öffentlichkeit zu unterlassen, sondern diese erst im Gemeindevorstand zur Sprache zu bringen. Herr Dr. Pope erklärte, daß er die Öffentlichkeit benutzen müsse, da ihm dienstliche Aufklärung nicht gewährt würde. Diese Behauptung wurde vom Vorsitzenden ganz energisch zurückgewiesen. Jetzt nun hat ein früherer Schriftführer der Wehr diese Behauptungen durch Aktenmaterial bestätigt, daß die Bezahlung früher erfolgt sei als die Lieferung, und somit gewinnt die Behauptung an Wahrscheinlichkeit; eine amtliche Untersuchung soll nunmehr Klärung schaffen. — Eine Anzahl Arbeitgeber sollen verhaftet werden, weil sie Zahlungsbefehle wegen rückständiger Steuern ihrer Angestellten außer acht gelassen haben. — Eine alte Einrichtung, die Verlesung der Protokolle der monatlichen Kassenprüfungen sollte auf Antrag der Herren Nemes und Leichter beseitigt werden, da die Zuhörenden doch kein Interesse daran haben und die Anwesenden das Protokollmaterial doch nicht so schnell auffassen. Über wäre es möglich, daß einmal Langfinger auf die Summen aufmerksam werden. (Vielleicht ein falscher Hauptmann? D. V.) Die Mehrheit wollte von einer Änderung nichts wissen. — Die geheime Sitzung beschäftigte sich noch mit einem Grundstückverkauf und mit der Weiterverpackung des Schloßrestaurants auf weitere zehn Jahre. Bei der Weiterverpackung soll aber noch ein neuer Saalbau vorgezogen werden.

Zegel-Vorführung.

Es sei an dieser Stelle nochmals auf die im Lokal von H. Sorrer, Schloßstr. 80, stattfindende Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften aufmerksam gemacht. Ueber 300 Bücher, geeignet für alle Altersklassen, liegen zur Verfügung aus. Wer seinen Kindern durch Kauf eines nützlichen Buches eine Weihnachtsfreude bereiten will, dem wird hier die beste Gelegenheit gegeben. Die Ausstellung ist geöffnet an Wochentagen von 7—9 Uhr abends, am Sonntag, den 12. Dezember von 2—7 Uhr nachmittags.

Röntgenal (Bei Jepernick).

Das Kammergericht hatte sich mit der Frage zu befassen, ob eine Oberbank über die Straßeneinrichtungspflicht, die sich in einer Dorfgegend bildet, sich ausdehnt auf eine neue, zum selben Gemeindebezirk gehörige Villenkolonie, wenn diese Kolonie vom Rütterdorf durch freies, landwirtschaftlich genutztes Land getrennt liegt. Es ist das der Zustand, wie er bei den meisten Villen-

kolonien um Berlin herum herrscht, so auch bei Röntgenal, das zu Jepernick (Kreis Nieder-Barnim) gehört. Das Landgericht III verneinte obige Frage und sprach deshalb Villenbesitzer Köppen frei, der vor seinem Grundstück in Röntgenal die Straße nicht gereinigt hatte. Das Kammergericht als Revisionsinstanz war jedoch im Gegensatz zum Landgericht der Meinung, daß eine Oberbank sich auf die neuen Teile einer Gemeinde auch dann ausdehne, wenn landwirtschaftlich genutztes Land dazwischen liege. Wenn für Jepernick eine Oberbank sich gebildet hätte, dann würde sie auch in Röntgenal Geltung haben. Das Kammergericht sei aber auf Grund des Vorwurfsmaterials des Landgerichts der Meinung, daß sich in Jepernick überhaupt keine, die Grundbesitzer zur Straßeneinrichtung verpflichtende Oberbank gebildet habe. Aus diesem Grunde könne es bei der Freisprechung bleiben. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde deshalb zurückgewiesen.

Teltow.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung wurde Genosse Frank mit 166 Stimmen gewählt. Der Stimmenzuwachs gegenüber der vorigen Wahl beträgt 50 Proz. Die Gegner hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

Potsdam.

Von einer Hofequipe überfahren. Beim Passieren der Rouenstraße in der Nähe des Wilhelmplatzes wurde der 31jährige Rentier Ernst Stadler von einer Hofequipe, deren Herankommen er überfahren, überfahren und durch Quittieren im Gesicht verletzt. Ein Schuttmann begleitete den in der Sanssouciallee 1 wohnhaften Kreis nach seiner Wohnung. Von dort wurde St. in das St. Josephs-Krankenhaus transportiert.

Die man die konservative Jugendbewegung fördert. Mitte dieses Jahres hat sich hier auf Anregung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ein „Verein zur Förderung von Leibesübungen“ gebildet. Nach den Satzungen will er allen nicht politischen Zwecken verfolgten Bestrebungen auf dem Gebiete des Turnens, Sports und Wanderns als Mittelpunkt dienen und vor allem eine Beteiligung der schulentlassenen Jugend herbeiführen. Dieser Verein hatte sich zuerst ausschließlich der beim konservativen, also politischen, Reuten Wahlverein bestehenden Jugendabteilung zur Verfügung gestellt. Inzwischen hat sich diese Jugendabteilung, die unter dem neuen Vereinsgesetz ungehindert bestehen durfte, selbständig gemacht. Der Verein zur Förderung von Leibesübungen wird nach wie vor von ihr beherrscht. Bemerkenswert ist ferner, wie man die nötigen Mittel aufbringt. Die Stadt hat zuerst die für Jugendspiele der gemeinlichen Fortbildungsschule im Etat zur Verfügung stehenden 500 M. dem Verein überwiefen, dann weitere 500 M. bewilligt, der Oberpräsident zahlt ebenfalls 500 M. und außerdem hofft man, aus der dem Minister zur Verfügung stehenden Summe von 100 000 M. einen Zuschuß zu erhalten.

Vermischtes.

Die Explosionskatastrophe in Hamburg.

Über die wir in der gestrigen Nummer berichteten, hat nach den letzten Meldungen 13 Todesopfer gefordert. Eine Anzahl Schwerverletzte befindet sich in Krankenhäusern; sie dürften infolge der schweren Verletzungen nicht alle mit dem Leben davonkommen. Eine Meldung aus Hamburg besagt: Von den im Krankenhaus eingelieferten Verletzten sind bisher sieben gestorben, so daß die Zahl der Opfert einschließlich der sechs als Leichen Beorgenen 13 beträgt. Im Hafenkrankenhause liegen noch zehn Schwerverletzte, im Eppendorfer Krankenhaus sechs. Die genaue Zahl der Vermissten konnte noch nicht festgestellt werden.

Ueber die Ursache der Katastrophe

konnte bisher noch nichts ermittelt werden, da die eigentliche Untersuchung erst heute beginnt. Das große Kohlenlager der Werke hat, wie die Direktion mitteilt, nur wenig gelitten. Der Betrieb wird nicht in vollem Umfang eingestellt, da die Defen in Tätigkeit bleiben und das erzeugte Gas durch erhöhten Druck in die Reservoire der Gasanstalt Willwänder umgeleitet wird. Der Schaden, dessen Umfang sich noch nicht genau feststellen läßt, ist durch Versicherungen gedeckt. Die Zahl der Toten steht noch nicht endgültig fest, da man nicht weiß, ob sich unter den Trümmern noch Leichen befinden. Von der Gasanstalt wird noch ein Mann vermisst, der sich möglicherweise aber unter den im Hafenkrankenhause noch nicht rekonvaleszenten Toten befindet. Ob auch Privatpersonen vermisst werden, entzieht sich der Kenntnis der Gaswerke. — In den Krankenhäusern befinden sich jetzt noch fünfzehn Schwerverletzte. Die leichten Verletzten sind nach Anlegung von Verbänden entlassen worden. Die Feuerwehr ist von der Brandstätte abgerückt, da nunmehr alle Gefahr beseitigt ist.

Im „Hamburger Echo“ lesen wir über die Katastrophe u. a. folgendes: Nachdem das Feuer etwa 1 1/2 Stunden gewütet und sich schon auf die nach der Wasserseite zu liegenden Kaischuppen verbreitet hatte, erfolgte kurz vor 5 Uhr die gefährdrohende

Explosion des alten Gasometers.

Eine turmhöhe Feuerfäule stieg zum Himmel empor und beleuchtete minutenlang die ganze Hafengegend mit einem furchtbar prächtigen Feuerschein. Das Publikum, das schon durch die erste Explosion und durch die mit Windeseile verbreitete Kunde von dem Unglück nach den Gaswerken gelockt worden war, floh panikartig aus dem Bereich des Feuers. Schien es doch, als ob der Gasometer sich zur Seite hin entladen, die Explosion also noch über die Unglücksstätte hinaus mit verheerender Wucht alles zerstören würde. Die Hitze war inzwischen so intensiv geworden, daß auch die Postbeamten, Schulleute und die Beamten der Stadtwasserkunst die Flucht ergriffen. Als die Feuerarbeiten sich wieder verringerten, wagte sich das Heer der Neugierigen wieder vor und umlagerte von neuem den Schauplatz des Schreckens. Das ganze Terrain der Gaswerke bildete ein wüstes Chaos.

Heldentätige Arbeiter.

Gleich nach der ersten, kurz nach 3 Uhr erfolgten Explosion des neuen Gasometers rissen die bei den Retorten (Rostöfen) angelegten Heizer trotz der Todesgefahr sofort die Defen auf, um so zu verhindern, daß sich neues Gas bilden konnte; erst dann wandten sich auch diese Arbeiter zur Flucht. Während hier ein Teil der Arbeiter pflichtgetreu bis zur letzten Minute ausgeharrt, waren andere, ungeachtet der Gefahr, auf Rettung der Verunglückten bedacht. Ueberall sah man, namentlich in der Nähe der Baugerüste, Verletzte liegen. Einige der auf dem Gerüst bei der Arbeit geweinten Arbeiter wurden, als sie sich zur Flucht wandten, auf dem Rücken, andere wieder von vorn von den Explosionsflammen ergriffen und schwer verbrannt. Einige sprangen mit Todesverachtung vom Baugerüst in die Tiefe und erlitten hierbei zum Teil gefährliche Verletzungen. Frauen packte die Panik, als sie die unter dem alten Gasometer befindliche Rampe aufsuchten. Hier hatte die Explosion mit furchtbarster Gewalt gewütet. Die in der Rampe beschäftigten Personen waren nicht insonde gewesen, sich zu retten, da der ganze Raum lichterloh von der Stichflamme erfüllt war. Man fand dort die entseelt verengten Leiden der Kantinentwirtin Frau Clausen, des Dienstmädchens Bräggemann und einer dritten dort mit Kartoffelschalen beschäftigten Frau.

